

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 8482.

# Der Proletarier

Anzeigepreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. B. r. o. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

### Der Staat sind wir.

Zum 9. November.

Der Mensch gleicht dem Künstler, der da gestaltet aus sich heraus, nach seinem Sinn. Der da sein Ich, sein Erleben hineinlegt in seine Werke und in allem sich selbst und seine Freiheit sieht.

Die Geschichte der Menschheit ist die Geschichte dieser Freiheit, die Geschichte des Kampfes um diese Freiheit. Immer wenn Klassen rängen, dann kämpfte die Freiheit gegen die herrschende Macht, dann drängte dieses innerliche freie Künstlerwollen des Menschen danach, sich auszuleben in seinem Sinn, und in der Ordnung des Lebens sich und seine Freiheit wiederzufinden. Und sie nannten es Recht, dieses Suchen, und meinten damit immer dieses Gleiche, Ewige, Heilige, daß der Mensch berufen, aus sich heraus das Leben zu bilden und mit dem Leben eins zu sein.

Jahrtausende währte dieses Ringen um Recht, um Freiheit, um Menschlichkeit, und es ist noch nicht lange her, da war auch nicht die Spur einer Freiheit im Zusammenleben zu finden. Da diktierte die Obrigkeit, und selbst die Löhne der Bauhandwerker, Spinner, Schneider, Schornsteinfeger, Färber, Schlachter und Boten wurden von der Polizei bestimmt.

Das ist das Menschlich-Große des 9. November 1918, daß er diese alte Epoche eines Zwanges von außen endgültig zu Grabe getragen, und daß mit ihm eine neue Periode in unserem Volke begann.

Jetzt sind wir frei, weil wir die Möglichkeit zum Erringen unserer Freiheit haben. Von uns hängt jetzt die Freiheit ab, von unserem Willen, von unserer Aufklärung, von unserer Begeisterung, von unserer Einigkeit.

Und von unserer Einigkeit auch das soziale, das berufliche Leben. Kein Zwang hindert mehr von außen, uns zu verbinden zu gemeinsamer kämpfender Macht. Hier sind der Freiheit die Tore offen, und deine soziale Lebensgestaltung wird nicht mehr aus Polizeistuben geleitet, sondern von dir.

Wir sind frei, denn wir können gestalten. Wir können zwingen, wenn wir einig sind. Da gibt's kein Jammern mehr und keine Verzweiflung. Da gibt's nur eins: Aufklären, Kampf, Werben für den neuen Gedanken der Arbeit als Dienst an der Gemeinschaft und zähe Eroberung, Schritt für Schritt, durch immer stärkere Geschlossenheit.

Der Staat sind wir. Und die Freiheit sind wir. Und alles wird neu durch uns.

### 25 Jahre Verbandsangestellter.

Wir befinden uns in der Zeit der Angestellten-Jubiläen. Vor 25 Jahren erlebten die Gewerkschaften einen mächtigen Antrieb aus wirtschaftlichen und politischen Ursachen. Die Auswirkung dieser Ursachen erforderte die Anstellung hauptberuflich tätiger Verbandsfunktionäre. Die bis dahin im Nebenamt geleistete Verbandsarbeit erforderte an den verschiedensten Stellen eine ganze Kraft. So hat auch unser Verband den Zeitverhältnissen Rechnung getragen und an exponierte Stellen Kollegen berufen, die durch ihre seitherige ehrenamtliche Verbandsarbeit bereits den Beweis ihrer Fähigkeit, Branchbarkeit und Zuverlässigkeit erbracht hatten. Heute wollen wir dreier solcher Kollegen gedenken, die seit einem Vierteljahrhundert als Angestellte im Verbandsverbande wirken und sich um die Arbeiterschaft, und insbesondere um unsere Mitgliedschaft verdient gemacht haben. Es sind dies die Kollegen Emil Bennewitz (Berlin), Ernst Großmann (Hannover) und Robert Wiesenhütter (Stettin). Alle drei wurden am 15. November 1904 als beförderte Funktionäre angestellt.

Emil Bennewitz ist geboren am 9. Dezember 1874 zu Berlin als Kind einer Arbeiterfamilie. Er besuchte die Volksschule von 1880 bis 1886, und wurde dann vom weiteren Schulbesuch entbunden, damit er zum Lebensunterhalt seiner Eltern und seiner sieben Geschwister beitragen konnte. Er war Laufbursche und später Hilfsarbeiter in verschiedenen Industrien, besonders in Stein- und Druckereien. Im Jahre 1894 trat er dem Verbandsverband der Lithographen und Steindrucker bei. Seit 1896 betätigte er sich als Funktionär resp. Betriebsvertrauensmann, und war von 1897 bis 1899 Beisitzer der Ortsverwaltung Berlin. Meinungsäußerungen über gelernte und ungelernete Arbeiter innerhalb des Verbandes führten ihn am 15. Mai 1899 zum Verbandsverband der Fabrikarbeiter. In diesem Zuge wurde nach einer Versammlung der ungelerneten Arbeiter in Rixdorf die Zahlstelle Rixdorf (Neukölln) gegründet, der er sofort als Mitglied beitrug. Im Jahre 1899 erfolgte seine Wahl als Revisor. Vom Januar 1900 bis zur Verschmelzung mit der Zahlstelle Groß-Berlin im Juni 1905 war er 1. Bevollmächtigter der Zahlstelle Rixdorf. Im Oktober 1902 erfolgte seine Wahl als unbeförderter Gauleiter. Im Mai 1904 wurde er infolge seiner Tätigkeit als unbeförderter Gauleiter von der Stein- und Druckerei S. Bayer, Berlin, gemahregelt. Anlaß der Entlassung war ein Streik der gesamten Sand- und Kiezwerke sowie der Kalksandsteinfabrik in Niederlehne b. Königswasserhansen. Beteiligt an diesem Streik waren circa 400 Kollegen. Der Streik endete, trotzdem die Polizei und Gendarmerie in bekannter



Emil Bennewitz.

Weise tätig waren, mit einem teilweisen Erfolg für die Arbeiterschaft. Der Maßregelung folgte eine Arbeitslosigkeit von 25 Wochen. Als infolge des Beschlusses unseres Verbandsstages von 1904 allgemein die Anstellung von Gauleitern erfolgte, fiel die Wahl für den Gau Brandenburg-Posen auf den Kollegen Bennewitz. Unser Jubilär ist auch seit 1894 in der SPD. organisiert, und war auch hier in den verschiedensten Ehrenämtern tätig.

Ernst Großmann ist geboren am 28. September 1873 in Gröna im Kreise Jüterbog. Sein Vater war Meister in einer Ziegelei, verstarb aber bereits, als der Junge 9 Jahre alt war, so daß der kleine Ernst nicht allzu viele Freuden in seinen Kinderjahren erfuhr. Er besuchte die Volksschule in Kloster Zinna in der Mark, und erlernte nach Beendigung der Schulzeit die Weberei. Schon immer hatte der junge, lebhafteste Ernst



Ernst Großmann.

Großmann den Wunsch, von der Welt etwas mehr zu sehen als Gröna. Im Alter von 19 Jahren litt es ihn nicht mehr zu Hause, und unbeschwert von viel irdischen Gütern ging er im Jahre 1892 mit tausend Zukunftsplänen in die Fremde, d. h. auf die Walze, um all die Freuden und Leiden eines Handwerksburschen kennenzulernen. Ein unbesiegbarer Optimismus und ein gesunder Humor halfen ihm jedoch über so manche Schwierigkeit hinweg.

Sehr bald hat der junge Weber die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation erkannt, und dieser Erkenntnis folgend wurde er am 1. September 1894 Mitglied des Textilarbeiterverbandes. Infolge Berufswechsel — Ernst wurde Angelernter — kam er am 26. Februar 1898 in Hildesheim zum Fabrikarbeiterverband. Die Hildesheimer Mitgliedschaft hat noch im gleichen Jahre den rührigen, schlagfertigen Kollegen zu ihrem Bevollmächtigten gewählt. Bei der Wahl eines Gauleiters für den Gau I mit dem Sitz in Hannover wurde Ernst Großmann diese Stelle übertragen, und so trat er am 15. November 1904 sein neues Amt an. Später wurde

der Gau geteilt und Großmann ging in gleicher Eigenschaft nach Magdeburg. Auch in die große Mühle des Weltkrieges wurde der Kollege Großmann geworfen. Als nach der Revolution im Hauptbüro die Stelle eines Sekretärs für Lohnbewegungen und Tarifwesen neu besetzt werden mußte, wurde Ernst Großmann dazu berufen.

In der Sozialdemokratischen Partei ist der Jubilär seit dem 1. Januar 1895 Mitglied. In der Zeit von 1899 bis 1903 gehörte er dem Vorstande der Sozialdemokratischen Partei in Hildesheim an, und von 1906 bis 1910 war er Kandidat für den Reichstagswahlkreis Salzwedel-Gardelegen, ein Beweis für die politische Aktivität des Kollegen Großmann.

Robert Wiesenhütter\* ist am 13. Juni 1878 in Offensen geboren und hat dort die Volksschule besucht. Aus der Schule entlassen, kam er in die Lehre, um Maschinenbauer zu werden. Durch den Tod des Vaters mußte er die Lehrstelle verlassen, um Arbeit mit wenig Verdienst anzunehmen. Er hat in den verschiedensten Berufen gearbeitet. Am 27. Mai 1894 trat er unserem Verbandsverband bei und wurde alsbald Beitragskassierer und Mitglied der Ortsverwaltung der Zahlstelle Altona-Offensen. Auch als Wiesenhütter nach Barmbeck übersiedelte, war er weiter intensiv für den Verband tätig, und hatte die verschiedensten Vertrauensposten inne.

Seit dem 1. September 1893 ist der Kollege Wiesenhütter Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, und hat auch hier die gleiche rührige Tätigkeit entfaltet wie im Verbandsverbande, weshalb ihm die Parteimitgliedschaft Ehrenämter übertrug. Durch seine Tätigkeit als Verbands- und Parteifunktionär mußte er wiederholt infolge Entlassung, d. h. Maßregelung, längere Arbeitslosigkeit ertragen. Er hat mehr persönliche Opfer für seine Arbeitskolleginnen und -kollegen gebracht, als manche Leute, die ihn heute beschimpfen, zu tragen fähig und gewillt wären. Wo Wiesenhütter in irgendeinem Betrieb als „Neuer“ auftauchte, versuchte er sofort, die damals erbärmlichen Lohnverhältnisse und die Behandlung der Arbeiterschaft zu ändern. Daher kam es auch, daß er mitunter monatelang vergebens um Arbeit nachfragen mußte, und sehr oft mit der zweideutigen Bemerkung abgewiesen wurde: „Für Sie nichts“. Wiesenhütter war aber nicht klein zu kriegen. Und als 1904 die Gauleiterstelle in Steffin zu besetzen war, wurde Wiesenhütter dieser Posten mit einem besonders schwierigen Agitationsgebiet übertragen.

Drei bewährte Verbandskollegen, die durch die praktische Schule rücksichtsloser Unternehmerwillkür und altpreussischen Polizeiterroris gegangen sind, feiern ihren Ehrentag. Drei wetterfeste, im Kampf gestählte Kollegen haben sich ihren Weg gebahnt von unten herauf, und haben die Grundmauern unseres Verbandes fest mit untermauert, so daß die Unternehmer das Organisationsgebäude ebenso wenig erschüttern können, wie die organisierte oder die unorganisierte Unwissenheit der eigenen Klassengenossen. Jeder der drei Jubiläre gehört bereits seit 35 Jahren dem Verbandsverband bzw. der gewerkschaftlichen Organisation an. Ihr aktives Wirken in der Arbeiterbewegung war und ist Teilarbeit am Werden einer neuen Gesellschaftsordnung. Sie haben als treibende Kräfte, jeder an seiner Stelle, der jungen Generation die Hindernisse beseitigt, die auf dem Wege zum Ziele lagen. Mögen sie noch recht lange ihre Erfahrungen, ihr gereiftes Urteil dem Verbandsverband zur Verfügung stellen zum Wohle der Mitgliedschaft. Wir danken unseren drei Jubilären für ihre unermüdete Tätigkeit, für ihre gute Kameradschaft, für ihre Treue, auf die wir blindlings vertrauen können. Wir gratulieren ihnen zu ihrem Ehrentag und wünschen ihnen recht lange körperliche und geistige Rüstigkeit im eigenen und im Verbandsinteresse.

### Schlichtungswesen und Sozialpolitik.

Vom 24. bis 26. Oktober 1929 fand in Mannheim die 11. Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform statt. Die Beteiligung war äußerst zahlreich. Viele Vertreter der Gewerkschaften, der Behörden, der Krankenkassen nahmen neben Vertretern der Arbeitgeberverbände, und anderen Führern der Wirtschaft und sehr vielen Wissenschaftlern an der Tagung teil. Kollege Leipart, der sonst stets an den Kongressen der Gesellschaft teilnimmt, war leider durch seine Krankheit verhindert.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Fragen des Schlichtungswesens und der Sozialpolitik. Aber die Probleme des Schlichtungswesens sprachen die Professoren S. i. r. s. h. e. i. m. e. r. und B. e. k. e. r. a. t. h. Ausgangspunkt ihrer Referate war die Frage, ob der Staat in die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Arbeitern eingreifen solle oder nicht, ob der Staat das Recht oder die Pflicht habe, bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein entscheidendes Wort mitzureden, wenn durch sein Mitwirken schwere Erschütterungen des Volkslebens und der Wirtschaft vermieden werden können. Die beiden Redner behandelten diese aktuellen und wichtigen Fragen von zwei verschiedenen Standpunkten aus. Genosse Einzheimer vom

\* Bild stand nicht zur Verfügung.

Standpunkt des sozialistisch denkenden und fühlenden Juristen, während man bei dem Referat des Professors Beckerath die Bedenken und Wünsche des Unternehmertums mehr oder weniger deutlich heraushörte.

Die großangelegte Rede Singheimers zeigte bereits, daß man das Schlichtungswesen sehr oberflächlich beurteilt, wenn man nicht von der Grundanschauungen ausgeht. Die Gesetze der liberalen Wirtschaftsauffassung, mit der die Gegner des Schlichtungswesens operieren, gehören längst der Vergangenheit an; denn die heutige Wirtschaft ist weder reiner Kapitalismus noch reiner Sozialismus. Wurde sie früher von individualistischen Zweckbestimmungen geleitet, so ist heute die kollektivistische Beeinflussung die Regel geworden. Diese kollektivistische Machtkonzentration ist zu Grundvoraussetzungen des Sozialrechts geworden. Das freie Spiel der Kräfte ist längst nicht mehr vorhanden, darum muß der Staat das Recht haben, in die Auseinandersetzungen um die Festlegung des Lohnes und der Arbeitszeit einzugreifen. Der englische Vergarbeitsstreik hat 6 Milliarden Mark gekostet. Seine rücksichtslose Austragung auf dem Rücken der deutschen Volkswirtschaft würde glatt deren Untergang herbeigeführt haben. Es kann also kein Zweifel darüber sein, daß die Existenz der Wirtschaft nicht von zufälligen Machtkämpfen abhängig gemacht werden kann. Die Gewerkschaften versuchen, den Menschen gegen das kapitalistische Warengesetz zu verteidigen. Die Gegenseite verlangt Unterwerfung unter dieses Gesetz. In diesen Zwiespalt schiebt sich das Schlichtungswesen ein mit dem Ziele, Kollektivvereinbarungen herbeizuführen. Das Kernproblem des Schlichtungswesens ist die Verechtigung des staatlichen Eingriffs, der in der Regel mit der Waffe der Verbindlichkeit von Schiedsprüchen ausgeübt wird. Um diese Frage sollte hauptsächlich der Streit. Waren die Unternehmer früher gegen jeden Tarifvertrag eingestell, so setzen sie sich heute für den freien Tarifvertrag und gegen den Zwangsschiedspruch ein. Die Methoden haben also gewechselt, die Grundeinstellung ist dieselbe geblieben. Es steht noch nicht fest, ob die Unternehmer auch an dem Tarifvertrag festhalten werden, wenn die Möglichkeit der Verbindlichkeitsklärung wegfällt. Singheimer verlangte die Wiederherstellung des alleinigen Entscheidungsrechts des Vorsitzenden, weil nur so die Schlichtungsgegebung vollständig sei. Es ist Pflicht eines sozialen Staates, sich darum zu kümmern, ob die Höhe des Lohnes den Lebensnotwendigkeiten entspricht. Deshalb muß der Zwangsschiedspruch bestehen bleiben.

Diese und ähnliche Gedanken arbeitete Singheimer in seiner Rede treffend heraus. Er wurde in der Ansprache unterstützt von den Kollegen Körpel vom IGBW, Schweiher vom Buiab u. a. Der zweite Vortrag des Herrn Beckerath brachte die vorsichtigen Formulierungen des Standpunktes der Unternehmer. Er wie die Redner der Unternehmer stehen auf dem Standpunkt, daß der staatliche Eingriff möglichst vermieden werden und die Verbindlichkeitsklärung überhaupt wegsfallen müsse. Die Lage der Arbeiterschaft könne nur innerhalb der Grenzen der Wirtschaft und den Marktgesetzen gehoben werden. Der Vertreter des Arbeitgeberverbandes, Nordwest, Staatsanwalt a. D. Dr. Grauert, hielt die am meisten durchschlagende Verteidigungsrede für den freien Abschluß von Tarifverträgen. Er verteidigt sich zu der Behauptung, daß die Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft durch das Schlichtungswesen verhindert würde. Wenn Grauert sich weiter für den freien Tarifvertrag einsetzte, so muß dabei beachtet werden, daß er Vertreter einer Industrie ist, die früher Tarifverträge überhaupt nicht kannte und längst alle liberalistischen Grundanschaffungen ausgemerzt hat.

Man hatte nicht die Überzeugung, daß durch die Auseinandersetzungen eine Annäherung der Gegensätze erreicht sei. Singheimer glaubte in seinem Schlusswort feststellen zu können, daß die Aufhebung der staatlichen Schlichtung von niemand verlangt worden sei. Diese Auffassung konnte man als objektiver Zuhörer nicht unterstützen. Über die Stellung des Marktgesetzes im kollektiven Arbeitsleben hat die Aussprache keine Klärung gebracht.

Sehr interessante Auffassungen kamen bei dem Thema 'Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik' zum Ausdruck. Der Referent über diesen Punkt, Professor Gög Briefs, wie auch die übrigen Wissenschaftler stellten sich mehr auf die Seite der Unternehmer, die die Frage bejahen, daß die Wirtschaft durch die Sozialpolitik überlastet sei. Das Einerseits und Andererseits, in welchem sich Briefs bewegte, veranlaßte Singheimer zu der Frage: 'Wir möchten wissen, was Sie wollen!' Diese Frage konnte der Referent keineswegs klar beantworten. Zu antworten ist die Forderung von Professor von Schulze-Gaevernich auf Abbau der internationalen Zollmauern. Zu diesem Zwecke sollen einem Bündnis der großen exportierenden Industrien und der organisierten Arbeiterschaft die Wege gebahnt werden. Preisabbau, Steigerung der Reallohn und Markterweiterung sollen das Endziel dieses Bündnisses sein. Schulze-Gaevernich erhofft von einem solchen gemeinsamen Wirken ein starkes Deutschland in der Zukunft.

Recht gründlich wurden die Probleme des wirtschaftlichen Wertes der Sozialpolitik, der Möglichkeiten der Preisgestaltung, der Erhöhung des Reallohnens usw. in der Diskussion behandelt, namentlich durch die Gewerkschaftsvertreter Tarnow und Spliedt. Tarnow setzte sich mit den Rationalisierungserfolgen, der Kapitalbildung, der Selbstfinanzierung usw. auseinander, wobei er zum Ausdruck brachte, daß es viel wichtiger sei, das bereits investierte Kapital voll zu beschäftigen. Dazu können die sozialpolitischen Maßnahmen sehr viel beitragen. Franz Spliedt wies die Behauptung zurück, als wenn die Gewerkschaftsführer mit einem nur geringen Verantwortungsgefühl sich in den Sozialkämpfen beteiligten. Teilweise würde viel zu früh gemacht und die richtigen Fortschritte übersehen, die der Wiederabbau der Wirtschaft in den letzten sechs Jahren erfahren habe. Sehr geschickt parierte Spliedt die Ausprägung, als wenn die Gewerkschaften keine Gemeinschaftsarbeit leisten wollten. Die Gewerkschaften seien jederzeit zu einer Gemeinschaftsarbeit bereit, wenn ihnen in gleicher Entfernung entgegengekommen wird. Wenn die Arbeitslosigkeit in Deutschland gleich der in England zur Dauererreichung wird,

so ist eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht mehr zu umgehen. Spliedt erklärte u. a.: 'Es taucht vor unseren Augen das Problem der Fünftagewoche auf. Die Verkürzung der Arbeitszeit und die Befestigung jeder Überarbeit wird sich zur Notwendigkeit herauswachsen. Die Gewerkschaftsführer sind keine Zauberlehrlinge, sie streuen auch keinen Samen in die Maschine, sondern sie leben mit der Maschine, sind verantwortungsvolle Steuerleute, Maschinenisten und Dampfer der Wirtschaft.'

Der Kongress der Gesellschaft für soziale Reform hat die tiefen Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital nicht vermissen können. Solche Diskussionen sinken zu reinen akademischen Erörterungen herab, wenn im Hintergrunde nicht reale Machtfaktoren stehen, die zur Verfestigung berechtigter Forderungen in die Waagschale geworfen werden können. Wir müssen aus den Beratungen der 11. Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform den Schluß ziehen, daß das Wichtigste die Stärkung dieser Machtfaktoren ist, die wir in den Gewerkschaften besitzen. Dann wird die Entscheidung in allen sozialpolitischen Fragen zu unseren Gunsten ausfallen.

### Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterfamilien.

Das Statistische Reichsamt hat im Jahre 1927/28 die Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen auf breiterer Grundlage wiederholt. Sie wurden zum ersten Male im Jahre 1907 durchgeführt. Erfasst wurden diesmal 2036 Haushaltungen (964 Arbeiter-, 509 Beamten-, 39 Angestellten- und vier sonstige Haushaltungen). Diese Familien erklärten sich bereit, ein Jahr lang, und zwar vom März 1927 bis Februar 1928, ihre sämtlichen Ein- und Ausgänge laufend in die vom Stati-

### Die neue Zeit.

Es hat ein Hammer aufgeschlagen  
Im menschlichen Maschinenaal;  
Der Amboss klang, und fortgetragen  
Wird sein Gelb von Tal zu Tal.  
Die Berge zittern seinem Dröhnen,  
Die Meere wälzen seinen Ruf;  
Er hebt ans Ohr der Erde Söhnen  
Und lebt im Schönen, das er schuf.

Aus ihrem dunklen Mutterschoße  
Wächst auf zur Kraft durch Not und Leid  
Die kampfgeliebte, palmengroße,  
Lichtaugenholbe neue Zeit.  
Der Kampf umbraut des Kindes Wiege,  
Zur Hochzeit blüht ihr Märchenlar.  
Zum feinen Lohn vollkomm'ner Siege  
Leuchtblumenketten durch das Haar.

Karl Henckell

stischen Reichsamt zur Verfügung gestellten Haushaltsbücher einzutragen. Greifen wir speziell die Arbeiterhaushaltungen heraus, so liegen nach 'Wirtschaft und Statistik' den überlieferten 896 Wirtschaftsrechnungen zugrunde. Die Arbeiterhaushaltungen sehen sich im Durchschnitt aus 4,2 Köpfen zusammen. Die Einnahmen sind in Arbeitseinkommen und sonstige Einkommen gegliedert. Mit zunehmendem Familieneinkommen sinkt eigenentümlicherweise der Anteil des Arbeitseinkommens in der untersten Einkommensstufe (bis unter 2500 Mk.) 89,1 v. H. des Gesamteinkommens beträgt, macht es in der obersten Einkommensstufe (4300 Mk. und mehr) nur noch 67,7 v. H. des Gesamteinkommens aus. Die Ehefrauen der untersten Einkommensstufe arbeiten nur in 34,9 v. H. d. Haushaltungen, und in der Hauptsache nur stundenweise mit. Dagegen verrichten die mitarbeitenden Ehefrauen der oberen Einkommensstufen in 67,7 v. H. der Fälle meistens regelmäßige Beschäftigung mit Lohn- und Gehalts-einkommen. Auch die Nebeneinkommen durch Untervermittlung oder Kostgabe sind mit 0,4 v. H. der Gesamteinnahmen bei den niedrigsten Einkommensstufen am geringsten. In den oberen betragen sie 0,8 v. H.

Interessant ist die Gliederung der Verbrauchsausgaben. Mit dem Wachsen der Einkommen steigt der Anteil, der für Nahrungs- und Genußmittel ausgegeben wird. Dieser Teil der Ausgaben macht in der untersten Einkommensstufe 47,9 v. H. aus. Er verringert sich von Stufe zu Stufe bis auf 41,5 v. H. in der obersten Einkommensstufe. Damit bestätigt sich der Grundsatz, daß mit steigendem Einkommen die Ernährungsansgaben zwar absolut steigen, im Verhältnis zu den Gesamtausgaben jedoch zurückgehen. Das Gleiche ist bei der Wohnungsmiete der Fall. In den untersten Einkommensstufen betrug die Miete 11,9 v. H. um Stufe zu Stufe auf 8,8 v. H. herabzugesinken. Umgekehrt gestaltet sich das Verhältnis bei den Posten Bekleidung und Wäsche. Während der kleine Haushalt hierfür im Jahr 237 Mk. gleich 10,4 v. H. der Gesamtausgabe verwendet, kann die höchste Einkommensstufe hierfür 73 Mk. gleich 14,6 v. H. auswerfen. Der Haushalt von 4300 Mk. und darüber konnte mehr als dreimal so viel für Kleidung und Wäsche ausgeben als die geringste Einkommensstufe. Das gleiche Bild bei den Posten Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung: die unterste Einkommensstufe 69 Mk. oder 3,1 v. H., und die höchste 266 Mk. oder 5,3 v. H. Für Versicherungen war der kleine Haushalt wieder mit 8,8 v. H. am höchsten belastet. Für Bildung gab der kleine Haushalt 10 Mk. aus, während hierfür in der höchsten Stufe 119 Mk. ausgegeben wurden. Das gleiche Verhältnis ist bei dem Posten

'Erholung' der Fall. Interessant ist der Posten Erparnisse. Er betrug in der untersten Einkommensstufe 15,36 Mk. oder 0,7 v. H. und in der höchsten Einkommensstufe 130,50 Mk. gleich 2,6 v. H. der Gesamtausgaben. Insgesamt ist also folgendes festzustellen: Für Nahrungsmittel und Genußmittel gibt der kleine Haushalt 47,9, die höchste Einkommensstufe 41,5 v. H. aus. Sonstige Lebensbedürfnisse erfordern beim kleinen Haushalt 50,2 v. H. und beim großen Haushalt 54,6 v. H. der Gesamtausgaben. Für Kapitalanlage gibt der kleine Haushalt 17,30 Mk. oder 3,8 v. H. aus und der größte 142 Mk. oder 2,8 v. H.

Die Erhebungen des Statistischen Reichsamts zeigen in prägnanter Weise, wie die Einnahmen verwandt werden. Im ganzen geben sie ein Bild davon, daß die übergroße Mehrzahl der Bevölkerung, weil sie in die unterste Einkommensstufe fällt, nur das Allernotwendigste zu kaufen vermag. Für Bildung, Erholung und sonstige Kulturausgaben bleibt in der Regel wenig übrig. Dies ändert sich mit der Erhöhung der Einkommensstufe. So trocken auch die obigen Zahlen anmuten, so sollten sie doch jedem einen Ansporn geben, mit vereinten Kräften für ein besseres Los zu schaffen.

### Die geplante Finanzreform.

Nachdem das Reich durch die Schwedenanleihe seine Kassenlage erleichtert hat, soll demnächst zur großen Finanzreform geschritten werden. Weshalb ist die Finanzreform notwendig? Die Unternehmer betreiben sie aus zwei Gründen. Zunächst heißt es, die Entlastung des Reichshaushalts durch den Young-Plan auszunutzen, das Ersparnis, die durch die verringerten Reparationszahlungen sich ergeben wird, zur Senkung der Besitzsteuern zu verwenden. Damit ist es aber nicht getan: die große Finanzreform soll die Unternehmer auf Kosten der Verbrauchermassen noch weiter entlasten. Die Begründung, die uns aus allen Ecken entgegenblitzt, ist die Förderung der Kapitalbildung, in deren Dienst sich die Steuerpolitik stellen soll. Allein dieser Gesichtspunkt darf zur Zeit für die Steuerpolitik maßgebend sein; andere Motive, wie Steuergerechtigkeit, Ausgleich der Einkommensunterschiede durch das Mittel der Besteuerung, müßten ausgeschaltet werden.

Es ist nun eine Frage für sich, ob und wie weit die Steuerpolitik der Kapitalbildung dienen kann. Wir möchten diese Frage hier nicht prägen, sondern annehmen, daß durch Steuerentlastung die Kapitalbildung in der Tat gefördert werden kann.

Dann aber müssen wir uns fragen: welchen volkswirtschaftlichen Sinn hat die Förderung der Kapitalbildung? Einmal soll durch vermehrte Kapitalbildung die Produktion gesteigert werden, jedoch in einem Umfang, der den vorhandenen Absatzmöglichkeiten entspricht. Die Kapitalbildung darf daher in bestimmten Industriezweigen oder Unternehmungen nicht so stark ansteigen, daß sich daraus eine übermäßige Ausdehnung der Anlagen, deren Produkte dann keinen Absatz finden können, ergeben soll. Der Absatz ist aber vor allem von der Preisentwicklung abhängig. Die Kapitalbildung hat dabei die Aufgabe, durch Ausbau und Verbesserung der Produktion auch zur Senkung der Preise beizutragen. Trotz vermehrter Kapitalbildung wird aber der Preis dort nicht sinken, wo die Preisbildung der Willkür von Monopolorganisationen ausgeliefert wird. Schon aus diesen Andeutungen ist ersichtlich, daß eine ohne Unterschied durchgeführte Steuerentlastung der Unternehmer, selbst wenn sie die Kapitalbildung an sich fördern würde, den volkswirtschaftlichen Zweck der Kapitalbildung nicht zu verwirklichen brauchte. Die kartellierte und vertraute Großindustrie ist am allerwenigsten berechtigt, eine solche Entlastung zu fordern, da sie am meisten in der Lage ist, a) die Steuern durch Erhöhung der Preise ihrer Produkte auf ihre Abnehmer abwälzen; b) die Steuer durch Rationalisierung einzuholen; c) bei ihr liegt die Versuchung nahe, ihre allzu hohen Gewinne in einer volkswirtschaftlich falschen Weise anzulegen, Fehlinvestitionen zu machen. Diese Gefahr ist viel geringer, wenn der Unternehmer die Erweiterung seiner Anlagen nicht aus laudenden Gewinnen, sondern auf dem Kreditwege durchführt. Schon unter diesem Gesichtspunkt ist die Kapitalbildung von unten, sind die Ersparnisse der unteren Volksschichten von großer Bedeutung. Neben sozialen Gesichtspunkten muß also ein richtiges Steuersystem darauf bedacht sein, die Ersparnisse der kleineren Existenzen zu fördern.

Wie sollen aber die unteren Volksschichten sparen, wenn ihre Lebenshaltung durch Erhöhung der Verbrauchssteuern übermäßig verteuert wird? Das Gegenstück zur Entlastung des Besitzkommens soll nämlich die Erhöhung der Verbrauchssteuern sein. Man will diese Mehrbelastung dadurch als unbedenklich hinstellen, daß man Steuererhöhungen auf Artikel des Massenkonsums vorschlägt, vor allem die Erhöhung der Alkohollsteuern. Die Annahme, daß solche Verbrauchssteuern allein den Konsum der von ihnen betroffenen erheblichen Artikel beeinträchtigen, ist vollkommen unrichtig. Vielmehr muß man sich dessen bewußt sein, daß die Erhöhung der Steuer auf ein Genußmittel auf die Dauer dieselbe Folge hat, wie die Besteuerung eines unentbehrlichen Bedarfsartikels. Durch eine Steuer auf Brot z. B. kann man den Verbrauch von alkoholischen Getränken gerade so (oder gerade so wenig) einschränken, wie durch eine Getränkesteuer. Da nämlich den Verbrauchern freisteht, welche Nahrungs- und Genußmittel sie im Rahmen ihres Einkommens kaufen, so kann man nicht berechnen, ob im Falle einer Erhöhung einer Steuer auf ein Genußmittel dessen Verbrauch zurückgehen oder aber die Einschränkung des Verbrauchs lebensnotwendiger Waren eintreten wird. Erhebt doch der Staat diese Steuern nicht deshalb, um die Einschränkung des Verbrauchs der versteuerten Artikel herbeizuführen, im Gegenteil rechnet er, und zwar mit Recht, trotz der Steuererhöhung nach Ablauf einer Übergangszeit mit einer Zunahme des Verbrauchs, die größer ist, als es der Vermehrung der Bevölkerung entsprechen würde.

Wenn man also wegen der widersprechenden Interessen wie auch wegen der Unübersichtlichkeit der Steuerwirkungen richtige Maßstäbe für eine Steuerreform nicht gut finden kann, so wird diese zwangsläufig Kompromisslösungen ent-

halten müssen, die den gegenwärtigen Machtverhältnissen Rechnung tragen. Im Rahmen eines solchen Kompromisses können zweifellos Änderungen in der Steuererhebung eintreten, die für alle Teile erwünscht sind. So könnte z. B. ein staatliches Tabakmonopol dem Staat erhebliche Mehreinkünfte verschaffen, ohne die Tabakwaren zu verteuern. Denn ein Tabakmonopol würde durch Rationalisierung der heute im großen ländlichen Produktions- und der Verteilung zumindestens soviel einbringen wie eine erhebliche Erhöhung der Tabaksteuer, die, wie oben dargestellt wurde, den gesamten Massenverbrauch beeinträchtigen müßte. Auch die Senkung der Gewerbesteuern, die heute von allen Seiten als lästig empfunden werden, kann befürwortet werden. Die Abschaffung der Kapitalertragssteuer auf neuangelegene, festverzinsliche Schuldverschreibungen braucht man mit Rücksicht auf den großen Bedarf nach Auslandskapital nicht zu bekämpfen, so unerwünscht sie an sich sein mag. Auch die Herabsetzung der Steuerfäße der Einkommensteuer in ihren höchsten Stufen kann man gutheißen, weniger wegen der angeblichen Kapitalflucht der hohen Einkommen bei drastischer Besteuerung, als einfach aus dem Grunde, weil die hohen Sätze zu einer Steuerhinterziehung größten Maßstabs führten. Die Erhöhung bestimmter Verbrauchsteuern, wie der Biersteuer, wird man, wenn wir uns auch über deren Wirkungen nicht täuschen wollen, in Kauf nehmen müssen, wenn demgegenüber das steuerfreie Existenzminimum erheblich erhöht wird. Man wird hier die Erhöhung des steuerfreien Einkommens von 1200 auf 2400 Mk. fordern müssen. Aufs schärfste ist zu bekämpfen die ungeheuerliche Steuer, die als „Verwaltungsabgabe“ für die Länder als Ersatz für den Einnahmeausfall aus Gewerbesteuern geplant wird und die rohste Steuerform, eine Kopfsteuer ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler, darstellt. Für die Erfassung des schweren Luxuskonsums der Unternehmer ist zu fordern der Ausbau der Besteuerung nach dem Verbrauch. Die sozialistische Gemeindevverwaltung von Wien hat ein vorzüglich bewährtes Steuersystem für die steuerliche Erfassung dieses Luxuskonsums mit großem Erfolg durchgeführt, man braucht es hier nur entsprechend anzuwenden. Um nur ein Beispiel zu nennen, befürwortet der frühere Finanzminister Reinhold die Einführung einer Mietensteuer, die von den Mietern je nach der Höhe ihre Mieten dem Steuerfiskus abgeführt werden soll. Gegen die Massen angewendet, könnte es keine unsozialere Steuer geben als eine solche Mietensteuer. Indessen ließe sich eine solche Steuer für die Besitzer von Herrschaftswohnungen und Villen wohl einführen.

Der entscheidende Punkt betrifft aber die Staatsausgaben. Die Unternehmer wollen nämlich aus der Steuerreform nicht nur eine Befreiung heraus schlagen, sondern auch die Einschränkung der Staatsausgaben durchsetzen. In dem viel beachteten Finanzplan von Dr. Gustav Stolper — dem Herausgeber des „Deutschen Volkswirts“ — steht z. B. als einer der wichtigsten Punkte die Forderung der Ausgabenbeschränkung. Die Staatsausgaben sollen für die nächsten zehn Jahre gesetzlich festgelegt und die Mehreinkünfte in den künftigen Jahren nicht für Staatszwecke, sondern für Steuererhebung verwendet werden. Dieser absurde Gedanke kann nicht scharf genug abgelehnt werden. Er läuft darauf hinaus, daß eine dauernde organische Entwicklung, wie man sie für die Wirtschaft herbeiwünscht, dem Staat vorenthalten werden soll. Die staatlichen Aufgaben wachsen mit der Entwicklung der Wirtschaft; dieses Wachstum soll unterbunden werden. Diese Bestrebungen müssen um so mehr bekämpft werden, da uns die Anhänger der Ausgabenbeschränkung nicht zeigen können, wo an unproduktiven Ausgaben gespart werden soll. Sie konnten bisher keine richtige Verwaltungsreform in Vorschlag bringen, die überflüssige Verwaltungsarbeit beseitigen könnte. Viele von ihnen bekämpfen sogar oder sabotieren die Bestrebungen nach dem Einheitsstaat, die Vorbedingung für jene Ersparnisse. Auch sind sie nicht bereit, an Rüstungsausgaben zu sparen. Somit müßte die Ausgabenbeschränkung auf Kosten der Sozialpolitik, der öffentlichen Wirtschaft und des Ausbaues der Produktionsgrundlagen gehen. Wegen dieser Gefahren müssen wir nicht nur die programmatische Ausgabenbeschränkung bekämpfen, sondern auch eine jede beabsichtigte Verkappung der Staatseinnahmen. Wir dürfen einer Steuerreform nicht zustimmen, in der der zukünftige Mehrertrag an Steuern, der sich aus dem natürlichen Wachstum der Wirtschaft und der Bevölkerung ergeben wird, für die Deckung des gegenwärtigen Staatsbedarfes beschlagnahmt wird. Vielmehr müssen solche Mehrerträge der Erweiterung der staatlichen Ausgaben, dem Ausbau der Sozialpolitik, der Produktionsgrundlagen und der öffentlichen Wirtschaft dienen.

### Der Spalterkongress in Berlin.

Von H. Fischer (Merseburg).

Weder einmal hat die kommunistische Partei zu einem Reichskongress nach Berlin aufgerufen. Wie oft schon — und mit welchem Zweck und Erfolg? — Diese Zusammenkunft nennt man diesmal „Reichskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition“. Die wahnwitzige Paul-Merker-Methode, die auf dem 4. Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau sanktioniert wurde, hat also doch gesiegt. Dieser Kongress ist die Gipfelerleuchtung der Schlachttat eines unerhörten Verbrechens an der Arbeiterbewegung. Der Kongress bedeutet das sichtbare und offizielle Signal zur Spaltung der freien Gewerkschaften. Nicht genug mit der unglückseligen Zerrissenheit und Zerklüftung der politischen Freiheitsbewegung, will die kommunistische Partei immer noch die bisher einheitslichen Gewerkschaften auseinanderreiben, zersplittern. Man ist versucht, an ein teuflisches Spiel, an eine Aktion unserer schlimmsten Feinde, der Unternehmer, zu glauben. Die kommunistischen Gewerkschaftskollegen, die schon seit Jahren in der kommunistischen Partei in der Opposition standen und gegen die unkluge Politik eines P. Merker u. a. ankämpften, haben mit ihren Befürwortern nur zu recht behalten, aber sie sind unterlegen. Schon als im Sommer vergangenen Jahres diese Opposition, soweit sie zu ihrer Auflösung stand, aus der Partei herausgeworfen und mit den schlimmsten Expreßmethoden von der Mitgliedschaft

abgedrängt wurde, war sie unterlegen. Immer noch bestand aber eine kleine Hoffnung, daß es nicht zum Schlimmsten, zur Spaltung der freien Gewerkschaften, kommen würde.

Den Gewerkschaften stehen harte Prüfungen und schwere Kämpfe bevor. Wenn ich auch nicht daran zweifle, daß wir diese Kämpfe bestehen werden und daß sich schließlich der gesunde Wille der gewerkschaftlich organisierten Masse durchsetzt, so dürfen wir dennoch die Dinge nicht als ganz ungefährlich ansehen. Für mich als ehemaliges kommunistisches Parteimitglied ist es eine traurige Pflicht, wenn ich auf diese Notwendigkeit hinweise. Seit etwa 18 Jahren in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung stehend, kämpfte ich fast ein Jahrzehnt in den kommunistischen Reihen. Harte und schwere Kämpfe habe ich in dieser Partei erlebt und kenne daher die Methoden, mit denen man dort arbeitet. Schon seit Jahren treibt man von gewissen Seiten dorthin, wo man jetzt angelangt ist. Man war sich unter den hier in Frage kommenden Politikanten vollkommen klar darüber, daß ihr Weg und ihre Methode zur Spaltung der freien Gewerkschaften führen muß. Aber je klarer man diesen Leuten das sagte, desto entschiedener wurde ihr Kampf und desto mehr wurden die freien Gewerkschaften bewußt. P. Merker und seine Freunde sind nicht wählerisch in ihren Kampfsmitteln. Mit besonderer Vorliebe wendet man sich an jene Menschen, die in ihrem wirtschaftlichen Lebenskampf durch lange Erwerbslosigkeit u. a. m. besonders hart getroffen werden, und weckt in diesen die niedrigsten Instinkte. Man untergräbt also systematisch das Vertrauen und die Autorität, ganz wie zu Bismarcks Zeiten, als das Sozialistengesetz seine Blüten

### Erinnere dich

am 9. November, daß die Revolution es war, durch die du vom Untertanen zum Staatsbürger wurdest, daß dir am 9. November der Weg zu einem neuen, wahren, freien Menschentum aufgezeigt wurde, daß dir als Angehörigen der arbeitenden Klassen die Staatsumwälzung ein Mitbestimmungsrecht in Staat, Wirtschaft und Gemeinde brachte, daß dein Leben schöner, freier, inhaltsreicher geworden ist, daß im neuen Staate deine politischen und wirtschaftlichen Organisationen viel mehr als früher für dich eintreten können, daß vieles von dem Wirklichkeit wurde, wofür deine alten Vorkämpfer jahrzehntelang gekämpft und gelitten haben, erinnere dich daran und — vergiß es nicht wieder!

trieb, und noch die Jahre danach. Das sollen sich unsere Funktionäre merken.

Wie bewußt und absichtlich die kommunistische Partei die Spaltung der Gewerkschaften betreibt, könnte man an vielen Beispielen beweisen. Seit etwa einem Jahr ist das der offizielle Kurs dieser Partei. Ich zitiere nur wenige Sätze aus den Richtlinien, die Losowski den kommunistischen Gewerkschaftlern mit auf den Weg gab:

„... Die deutschen Kommunisten haben in der Periode der Ruhrkämpfe festgestellt, daß die nicht organisierten Arbeiter sich als revolutionärer erwiesen haben als die organisierten Gewerkschaftler...“

„... Vollkommen denkbar wäre daher eine solche Situation, in der es notwendig werden kann, parallele Massenorganisationen der Arbeiterklasse zu schaffen gegen den Willen der sich an die Kapitalisten verkaufenden Vorgesetzten. Eine solche Situation haben wir bereits in Amerika. Es ist durchaus möglich, daß auch in Deutschland die Entwicklung in dieser Richtung verlaufen wird.“

„... Die vorbereitende Agitations- und Organisationsarbeit muß unter den Losungen geführt werden: „Hofft nicht auf die Gewerkschaftsbürokraten“, „Rehmt ewer Weisheit in die eigenen Hände!“

„... Das Streikkomitee muß den Kampf führen, in Verhandlungen eintreten, wenn es nötig ist, Vereinbarungen unterzeichnen (ist das nicht sozialfaschistischer Verrat?), wobei es von vornherein erklären muß, daß alle durch die reformistische Bürokratie abgeschlossenen Vereinbarungen die Arbeiter nicht verpflichten.“

„... Das Streikkomitee muß zur Aufgabe haben, den reformistischen Verband aus dem Betriebe zu verdrängen und ihm die Führung des Kampfes aus den Händen zu reißen.“

„... Versammlungen der Organisierten und Unorganisierten einberufen und die Verjagung der Gewerkschaftsbönges verlangen.“

„... Vom Verband verlangen, daß er eine bestimmte Summe zur Unterstützung der Unorganisierten zur Verfügung stellt.“

Wir sehen also in der Tat eine zielbewußt geplante Zersplitterung der Gewerkschaften. Da die übergroße gewaltige Majorität der Gewerkschaftsmitglieder es selbstverständlich ablehnte, diesen planmäßigen Selbstmord mitzumachen, mobilisierten Merker und Gen. die Unorganisierten und pöschten diese gegen die Gewerkschaften, ja gegen die eigene Partei. Durch diese Taktik allein schon hat sich die Politik der kommunistischen Partei selbst gerichtet. Auch jetzt wieder, bei der Organisation des „Spalterkongresses“, hat man die Unorganisierten besonders aufgerufen und aufgefördert, einen Stande-ohn den kommunistischen Agenten zur Durchführung und Finanzierung dieses Kongresses zu geben. O ja, es gibt noch viel. Unorganisierte, die sich die Zerschlagung der Gewerkschaften einen Stundenlohn kosten lassen, in der Hoffnung, damit endlich, den unliebsamen Werber der Gewerkschaften, den moralischen Druck der organisierten Arbeiterklasse los zu werden.

Das Ungeheuerlichste aber ist die Tatsache, daß die Merker und Gen. selbst ihre eigenen Parteigänger irreführen, indem sie behaupten, ihr Weg sei leninistisch, sei der Weg, den Lenin aufgezeigt habe. Nur um diese Geschichtsfälschung festzuhalten, zitiere ich, was Lenin zu dieser Frage u. a. sagt:

„... Als ebenso lächerlicher, kindischer Uninn muß uns das gemächliche, ungeheuer gelehrte und furchtbar revolutionäre Geschwätz der deutschen Radikalen über das Thema erscheinen, daß die Kommunisten in den „reaktionären“ Gewerkschaftsverbänden nicht arbeiten können und nicht arbeiten sollen, daß es erlaubt sei, diese Arbeit zu verweigern, daß man die Gewerkschaftsverbände verlassen und einen unbedingt ganz neuen, ganz

anderen, von überaus netten und größtenteils wahrscheinlich überaus jungen Kommunisten ausgedachten „Arbeiterbund“ schaffen müsse usw.“

Schließlich schreibt dann Lenin weiter:

„... Ist gleichbedeutend mit dem Versuche, ein vierjähriges Mädchen zur Mutter machen zu wollen. Im besten Falle ist das ein dummer Scherz oder ein dummer Aberschrei — im schlimmsten eine Gemeinheit und ein Verbrechen.“

Wir können und müssen den Aufbau des Sozialismus nicht mit phantastischen, nicht mit von uns geschaffenen Menschenmaterial beginnen, sondern mit dem Material, das uns der Kapitalismus hinterlassen hat. Das ist ohne Zweifel sehr schwer. Aber jede andere Lösung der Aufgabe ist so wenig ernst, daß es nicht lohnt, darüber zu sprechen...“

Was nun die kommunistische Partei tut, ist schon keine Kinderei, kein Scherz mehr, sondern es ist, wie Lenin ganz richtig sagt, eine Gemeinheit, ein Verbrechen. Wenn nun unsere Organisation und mit ihr sämtliche freien Gewerkschaften sich gegen dieses Verbrechen zur Wehr setzen, so ist das eine Selbstverständlichkeit. Aufgebaut ist dieser kommunistische Wahnwitz auf Betrug und Demagogie, man betrügt die Massen, man betrügt die Mitglieder, und man betrügt sich selbst. Schon jetzt bei der ganzen Agitationskampagne zu diesem Kongress gehen die Kommunisten mit ihren angeblichen Erfolgen, die sie hier in Mitteldeutschland, besonders unter den vieltausend Leunarbeitern, errungen haben, hauffieren. Sie versuchen damit auf die Arbeiter in den anderen Teilen des Reiches einzuwirken und sie für ihre Sache zu gewinnen. Wie es in Wirklichkeit mit den Erfolgen ausfällt, zeigen folgende Zahlen, die ja die Kommunisten, wenn sie den Mut dazu haben, bestreiten mögen. Man hat überall, in allen Städten, Betriebsversammlungen der Leunarbeiter organisiert, in denen der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schmitt, der frühere Betriebsratsvorsitzende des Leunwerkes, sprach. Trotzdem man alle Register aufzog, eine recht drastisch klingende Tagesordnung aufsetzte (Abrechnung mit dem Sozialfaschisten), und trotzdem man in der demagogischsten Weise die Gewerkschaftsvertreter öffentlich einlud, war das Ergebnis geradezu vernichtend. In den Versammlungen erschienen: in Leipzig, wo mehrere tausend Leunarbeiter wohnen, etwa 40; in Halle, wo ebenfalls mehrere tausend Leunarbeiter wohnen, etwa 80; in Weißenfels 80, und in Merseburg, wo weit über dreitausend Leunarbeiter wohnen, ganze 80 Personen, einschließlic der kommunistischen Arrangure. Dort nahm man große Entschliefungen an, die die Gewerkschaften in Grund und Boden verdonnern, und die den Spalterkongress begrüßen. Das ist an sich nicht schlimm, aber schlimm ist, daß man über diesen Bankrott nach außen so pompös berichtet.

Der Selbsthaltungstrieb erfordert es und macht es uns zur Pflicht, gegen dieses gewissenlose Treiben anzukämpfen, das die Arbeiterklasse irreführt, zerreiht und gegeneinander treibt. Gewerkschaftskollegen, gebt diesen Spaltern die einzig richtige Antwort, sagt euch von ihnen los, verteidigt und kämpft mit uns für die Einheit der freien Gewerkschaften!

### Sozialreaktion in Sowjetrußland.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, mit denen die Sowjetunion fortwährend zu kämpfen hat, haben seit langem in den verantwortlichen russischen Regierungsstellen zu Sparplänen geführt. Besonders stark trat die Absicht hervor, an den sozialpolitischen Einrichtungen Ersparnisse durch einen Abbau der Leistungen der Sozialversicherung möglich zu machen. Diese Sparmaßnahmen sind kürzlich bekanntgegeben. In einer Unterredung mit Pressevertretern hat der Leiter der Zentralverwaltung für die Sozialversicherung der Sowjetunion seine Pläne für den Leistungsabbau in der Sozialversicherung angedeutet.

Jetzt zeigt sich, daß diese Unterredung das Ziel hatte, die öffentliche Meinung auf die bereits beschlossene „Reform“ vorzubereiten, um die Millionen Versicherten durch die plötzliche Verschlechterung der Sozialversicherung nicht vor den Kopf zu stoßen. „Trud“ vom 22. Oktober berichtet, daß der Unionsrat für Sozialversicherung, die Zentralbehörde für Sozialversicherung, der gesetzgeberische Funktionen zugewiesen sind, soeben eine Reihe von Änderungen der geltenden Sozialversicherungsgesetze beschlossen hat. Die Novelle sieht eine Reihe von Verschlechterungen der Kranken-, Mutterschafts- und Invalidenversicherung vor, über die nach der Veröffentlichung des Wortlauts des neuen Gesetzes zu berichten sein wird. Aber die wichtigste Verschlechterung, den Abbau der Arbeitslosenversicherung, kann man sich bereits aus dem kurzen „Trud“-Bericht eine klare Vorstellung bilden.

Die Eigentümlichkeit der russischen Arbeitslosenversicherung war bis jetzt die ziemlich günstige Regelung der Anwartschaftszeiten für einen bedeutenden Teil der versicherten Arbeiter (nicht aber für die Angestellten). Für die gelernten und die gewerkschaftlich organisierten angeleiteten Arbeiter, ebenso wie für die höheren Angestellten war der Unterstützungsanspruch bis jetzt überhaupt nicht an die Erfüllung einer bestimmten Anwartschaftszeit geknüpft. Für die gewerkschaftlich organisierten unangeleiteten Arbeiter betrug die Anwartschaftszeit 6 Monate, für die gewerkschaftlich organisierten mittleren und unteren, Angestellten 24 Monate. Schließlich war für die gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeiter und Angestellten eine Anwartschaft von 36 Monaten vorgesehen. Von nun an soll der Erwerb des Unterstützungsanspruchs allgemein durch die Erfüllung langer Anwartschaftszeiten bedingt sein, und zwar ist für die organisierten Arbeiter und Angestellten die Anwartschaftszeit von zwei Jahren, für die unorganisierten eine solche von drei Jahren vorgesehen, und nur für die Jugendlichen ist eine günstigere Regelung getroffen worden.

Bei freiwilligen Verlassen der Arbeitsstelle konnte der Versicherte nach der bisherigen Regelung erst nach einem Monat einen Unterstützungsanspruch geltend machen (in Deutschland nach vier Wochen). Jetzt ist diese unterstützungslose Karenzzeit auf drei Monate verlängert worden, und die

gleiche Regelung soll auch in den Fällen der berechtigten fristlosen Entlassung der Arbeiter und Angestellten gelten. Wie würde die kommunistische Presse über Sozialreaktion und Verrat schreien, wenn solche katastrophalen Verschlechterungen in der deutschen Arbeitslosenversicherung vorgenommen würden! Aber in Rußland ist das wohl ganz etwas anderes, da ist das kein Verrat und keine Sozialreaktion, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit, um den Staat der Arbeiter und Bauern zu retten. Und schließlich wird noch gelagt werden, daß die Arbeiter selbst den Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung gewünscht haben, weil sie von ihrem Lohn genug sparen können, um eine Karenzzeit von zwei bis drei Jahren gleichmütig lächelnd überstehen zu können.

### Frauenfragen.

#### Mehr Ausnutzung der Mutterschutzbestimmungen!

Es ist manchmal so, als ob schwangere Kolleginnen sich beleidigt fühlen, wenn der Betriebsrat oder eine Funktionärin der Gewerkschaft sie an die Schutzbestimmungen erinnert und Aussehen von der Arbeit fordert. Die Kollegin darf aber nicht glauben, daß ihr der Arbeitsplatz streitig gemacht werden soll oder daß mangels Rücksicht auf ihre Lebenslage dieser Aufforderung zugrunde liegt, sondern es ist ganz einfach eine Notwendigkeit und es liegt im eigenen Interesse der Kollegin, wenn die Schutzrisiken für Schwangere eingehalten werden. Die Gewerkschaften stehen schon jahrzehntelang im Kampf um Erweiterung und Verbesserung der Mutterschutzbestimmungen, und nicht etwa zum Schaden der Kolleginnen, sondern zum Vorteil, weil dadurch die schädigenden Wirkungen der Erwerbsarbeit auf den Körper der Frau - die besonders zur Zeit der Schwangerschaft eintreten können - abgewehrt werden konnten.

Der Hauptvorstand deutscher Krankenkassen hat eine Erhebung darüber angestellt, wie sich die Schutzbestimmungen für Schwangere in der Praxis auswirken. Die Erhebung stützt sich auf die Angaben von 478 Kassen mit etwa 5 Millionen Mitgliedern. Demnach haben von 54 379 Schwangeren nur 15 vom Hundert sechs oder mehr als vier Wochen vor der Niederkunft die Arbeit niedergelegt und Wochengeld bezogen. Etwa 24,5 v. H. (nicht ganz 25 Prozent) haben vier Wochen vor der Niederkunft mit dem Bezug des Wochengeldes die Arbeit niedergelegt. Über 60 v. H. haben auch in den letzten vier Wochen vor ihrer Niederkunft gearbeitet.

Diese Statistik ist ein treffender Beweis für die falsche Einstellung, vielleicht auch für die Unkenntnis vieler erwerbstätiger Frauen und Mädchen über die gesetzlichen Bestimmungen, die doch zum Schutze der Frauen getroffen wurden. Weit über die Hälfte der Schwangeren arbeiten bis kurz vor der Niederkunft, obgleich die Wirkungen der heutigen Erwerbsarbeit auf den Körper der Frau zur Zeit der Schwangerschaft äußerst bedenklich sind. Es ist Tatsache, daß der Aufwand an Körper- und Nervenkräften im rationalisierten Betriebe bedeutend größer ist und somit auch viel eher Kräfteverfall und für die Arbeiterin Erkrankungen eintreten können. Auch die ärztliche Feststellung, daß das Gewicht des Neugeborenen bei Frauen, die in den letzten Monaten der Schwangerschaft Erwerbsarbeit verrichteten, bis zu einem Punkt geringer ist, muß zu denken geben. Das bereits und gerade im Mutterleibe von der Lebensweise der Mutter abhängige Kind soll geschützt werden, und deshalb müssen die Arbeiterin und das Arbeiterkind besonderen Schutz finden, den es immer weiter auszubauen gilt. Jedenfalls wollen wir alle, daß Mißstände beseitigt und bekämpft werden und es besser wird mit unserer gesellschaftlichen Ordnung oder, wenn man auch will, mit der herrschenden Unordnung. Erreichen können wir dieses Ziel jedoch nur dann, wenn wir unsere gesellschaftliche Pflicht tun. Das aber heißt für die Arbeiterin in erster Linie: Gewerkschaftliche Pflichterfüllung. Diese liegt nicht allein in der Zeitragsleistung, wie oft angenommen wird, sondern auch in der Mitarbeit für die Organisation und in dem Erkennen der gewerkschaftlichen Notwendigkeiten. Die Schaffung und Erweiterung der Arbeiterinnenrechte und des Arbeiterinnenlohnes sind in erster Linie auf das Konto der Gewerkschaften zu buchen. Gerade deshalb sollen die Rechte gewahrt und der Schutz in Anspruch genommen werden. Dies ist für die Arbeiterinnen heute nötiger denn je, weil es dem Verhalten der Arbeiterinnen auch der Einfluß der Gewerkschaften in allen wichtigen Arbeiterfragen abhängt.

Zur näheren Information für unsere Kolleginnen haben wir ein Merkblatt für Schwangere und Wöchnerinnen herausgegeben. Wir wollen damit die große Unwissenheit auf dem Gebiete des Mutterschutzes beseitigen helfen und raten dringend, im Sinne des Merkblattes zu handeln. Dann werden solche Krankenkassenstellen, wie weiter oben eine angeführt ist, in Zukunft nicht mehr erweisen. Dann wird aber auch der Weg für weitere Verbesserungen immer mehr geebnet und die Kraft der Organisation gestärkt, da wir bei dem bis heute Erreichten nicht stehen bleiben können, sondern Fortschritte sehen wollen.

Anna Jammert.

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

#### Der verlorene kommunistische Rohrlagerstreik.

Nach zehn Wochen aussichtslosen Kampfes haben die Berliner Rohrlager den wilden Streik abbrechen müssen. Am erwidert der kommunistischen Streikleitung die schwere Aufgabe, die Arbeiter möglichst alle wieder in die Betriebe hineinzubringen. Es darf füglich bezweifelt werden, daß das so ganz leicht gelingen wird. Im Interesse der Rohrlager und ihrer Familien wünschen wir es.

Es war ein verheerender Leichtsinn, die Rohrlager in diesen Kampf zu ziehen, der von Anfang an aussichtslos war. Eine solche kleine Gruppe kann nicht so schwierige Kämpfe aufnehmen, dazu reichen ihre materiellen Mittel nicht aus. Streiks haben heute nur so mehr Aussicht auf Erfolg, je größer und stärker die Organisationen sind, die den Streik mit ihrem politischen und wirtschaftlichen Einfluß decken und mit ihren finanziellen Mitteln ermöglichen können. Aber es

handelte sich bei diesem Streik ja auch nicht darum, einen Erfolg in dieser Hinsicht herbeizuführen, daß wirkliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen Platz griffen. Der von der kommunistischen Streikleitung aufgestellte Tarifvertrag war sicher nicht besser als der von der Gewerkschaftsbürokratie des Deutschen Metallarbeiterverbandes abgeschlossene Tarifvertrag, den die Kommunisten beseitigen wollten. Wäre er es gewesen, dann hätte der Kampf noch einen Sinn gehabt, dann wäre die wilde Heße gegen die reformistischen Verräter noch eher verständlich gewesen. Aber so trieben die Kommunisten die Rohrlager in einen zehnwöchigen aussichtslosen Streik hinein, obwohl sie wußten, daß er aussichtslos war, und obwohl sie wußten, daß an die Stelle des von ihnen bekämpften Tarifvertrages kein besserer gestellt werden konnte. Darum ist die ganze verfehlte Aktion nur verständlich, wenn man die Rolle kennt, die die KPD. als Beauftragte Moskaus spielen muß. Sie wollte aus dem Streik der kleinen Gruppe der Berliner Rohrlager einen großen politischen Kampf machen, womöglich einen im Reichsmaßstabe. Das war der eigentliche Zweck, und als der mißglückte, als es klar wurde, daß aus diesem Teilkampf keine große politische Aktion werden konnte, da waren mit einem Male auch die Sympathien der KPD. für die von ihr in den Streik geheften Rohrlager dahin, da gab die KPD. kaltblütig die Streikenden preis, so daß nun kommen mußte, was seit Wochen vorauszu sehen war: der Zusammenbruch des aussichtslosen Kampfes.

Und dann kam ja noch ein wichtiges Moment hinzu, daß die KPD. so maßlos zum Streik treiben ließ. Sie wollte mit einem gewonnenen Kampfe der freigewerkschaftlichen Organisation, dem verhassten Deutschen Metallarbeiterverbande, einen empfindlichen Schlag versetzen, sie womöglich in ihrem Bestande erschüttern, zum wenigsten sollte aber das Vertrauen der organisierten Massen zu ihren Führern so stark untergraben werden, daß der Verband einen fühlbaren Schaden davontrug. Gelang es, nebenbei auch noch der Sozialdemokratischen Partei eins zu versetzen, dann war das Ziel vollkommen erreicht, wenn dabei auch für die streikenden Arbeiter nicht allzuviel herausprang. So ist denn das Ergebnis des trivial begonnenen, planlos geführten und jämmerlich zusammengebrochenen Kampfes lediglich zur Freude der Unternehmer ausgefallen. Die Rohrlager haben den Schaden davontragen müssen. Die KPD. aber hat ihr Ziel, Zertrümmerung der Gewerkschaft und der SPD., wieder einmal nicht erreicht. Täglich mehrt sich unter den Rohrlagern die Erkenntnis, daß nicht die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, sondern die kommunistische Streikleitung und deren Auftraggeber, die Zentrale der KPD., es waren, die die Schuld an dem unglücklichen Ausgang des Kampfes trifft, und ebenso werden sie je länger desto mehr erkennen, wo die wahren Verräter sitzen. Wer in Wahrheit die Interessen der Arbeiterschaft vertritt, das hat dieser wilde Streik wieder einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt.

#### Einen Erfolg des gewerkschaftlichen Klassenkampfes

nenn die Deutsche Werksgemeinschaft, das Kampforgan der werkschaftlichen Arbeiterbewegung, die 40 Millionen verlorenen Arbeitstage, die durch Streik und Ausperrungen der deutschen Wirtschaft im Jahre 1928 verloren gingen. Von den anderen Erfolgen des gewerkschaftlichen Klassenkampfes, von den Millionen Mark an Lohnerhöhungen, den unzähligen Stunden der Arbeitszeitverkürzung, dem verbesserten Arbeitsschutz weiß die Deutsche Werksgemeinschaft nichts zu berichten. Uns scheint, als ob dem Artikelschreiber der Deutschen Werksgemeinschaft doch recht sehr der Unternehmer über die Schulter geguckt habe, der nur die verlorene Arbeitszeit und den entgangenen Profit bejammert, aber nichts davon zu sagen weiß, daß ja die Unternehmer auch ihr gerüttelt und geschüttelt Maß von Schuld an den Streiks und Ausperrungen haben. Gerade im Jahre 1928 waren die Unternehmer doch recht ausperrungslustig. Aber die Deutsche Werksgemeinschaft beweist mit diesen Auslassungen nur noch einmal, was die ungeheure Mehrzahl der deutschen Arbeiter schon lange weiß, nämlich daß die Werksgemeinschaft Organisationen sind, die dem Unternehmertum auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. Es ist gern zu glauben, daß es bei den Werksvereinen nicht zu Streiks und Ausperrungen kommt, denn sie stellen ja keine Forderungen an die Unternehmer. Die Werksvereine erhalten ja auch ohne Kämpfe, was den Unternehmern für die Arbeiterschaft genug dünkt. Die Befriedung des Wirtschaftslebens in werkschaftlichem Sinne kann keinen Frieden bringen, höchstens den Frieden eines Kirchhofes. Und den will die Arbeiterschaft nicht. Darum erringt sie sich ihre Rechte im Kampfe und wird es auch weiterhin tun.

### Internationale Arbeiterbewegung.

#### Der Internationale Gewerkschaftsbund im Jahre 1928.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (I.G.B.) hat die internationale Gewerkschaftsbewegung kann auf das Jahr 1928 mit Genugtuung zurückblicken. Die günstige Entwicklung der Mitgliederzahlen, die nach Überwindung der ersten Krise der späteren Nachkriegsjahre im Jahre 1927 einsetzte, hat auch während des Jahres 1928 angehalten, ja man kann sogar sagen, daß sich das Tempo des Anwachsens der Mitgliederzahlen in diesem Jahre beschleunigt hat.

Der Gesamtmitgliedsbestand des Internationalen Gewerkschaftsbundes (I.G.B.) stellte sich - vorläufigen Zahlen zufolge - am 31. Dezember 1928 auf 13 525 263, gegen 13 144 225 im Vorjahre. Die Mitgliederzahl ist also um 381 038 oder um 2,9 Prozent gestiegen, während 1927 eine Steigerung von 305 051 oder 2,4 Prozent zu verzeichnen war. Die Zahl der angeschlossenen Landeszentralen blieb dieselbe, nämlich 28. Dem Verfall der Landeszentralen in Ruinen, die wegen des dort herrschenden Terrors die Mitgliedschaft beim I.G.B. aufgeben mußte, steht der Beitritt der griechischen Landeszentrale gegenüber.

Rachstehend die Mitgliederzahlen der angeschlossenen Länder am 31. Dezember 1928: Argentinien 82 574 (1927: 82 574); Belgien 518 638 (1927: 530 573); Bulgarien 2650 (1927: 2485); Dänemark 155 978 (1927: 156 425); Deutschland (I.G.B.) 4 866 926 (1927: 4 415 699); Jap. 370 643 (1927: 394 801); Estland 5506 (1927: 5071); Frankreich 638 328 (1927: 605 250); Griechenland 98 470 (1927: nicht angeschl.); Großbritannien 3 673 144 (1927: 3 874 842); Jugoslawien 36 041 (1927: 33 217); Kanada 144 000 (1927: 140 195); Letland 21 688 (1927: 18 732); Litauen 15 377 (1927: 14 179); Mexiko 1064 (1927: 1024); Niederlande 220 545 (1927: 202 696); Österreich 766 168 (1927: 772 762); Polen 21 302 (1927: 21 873); Rumänien 272 317 (1927: 271 531); Tschechien 26 763; Schweden 499 400

(1927: 487 974); Schweiz 173 000 (1927: 165 692); Spanien 221 000; Südafrika 40 000 (1927: 80 860); Südwestafrica 500 (1927: 800); Tschechoslowakei 558 608 (1927: 541 687); Ungarn 124 378 (1927: 127 422).

Dieser Statistik zufolge weisen 14 Landeszentralen eine Steigerung, 9 eine Verminderung der Mitgliederzahl auf. Für vier Landeszentralen blieb die Zahl unverändert, eine Zentrale mußte gestrichen werden und eine Zentrale ist beigetreten.

### Genossenschaftsbewegung.

#### Die größten Konsumvereine Deutschlands.

Die konsumgenossenschaftliche Macht strahlt naturgemäß am stärksten dort aus, wo zusammengedrückte Massen wohnen. So ist es denn auch kein Wunder, daß in den großen Städten die größten Konsumvereine sind. Jedoch hat die Umsatzhöhe dieser Konsumvereine nicht die gleiche Reihenfolge wie die Größenordnung der Städte. Vor dem Kriege hatten die beiden Konsumgenossenschaften Leipzig und Dresden die höchsten Umsätze. Die Umsätze der fünf größten Konsumvereine im Geschäftsjahr 1913/14 waren (in Millionen Mark): Hamburg 23,5, Berlin 17,3, Dresden 25,4, Leipzig 27,1, Essen 15,1. Im Geschäftsjahre 1928/29 hatten die Umsätze folgende Millionenziffern erreicht: Hamburg 82,5, Berlin 68,2, Dresden 56,9, Leipzig 45,4 und Essen 32,3. Wenn der Umsatz im letzten Friedensjahre gleich 100 gesetzt wird, so ergeben sich folgende Verhältniszahlen:

Konsumgen.	1913/14	1924/25	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29
Hamburg	100	185	209	250	304	351
Berlin	100	160	190	234	301	394
Dresden	100	78	108	148	187	224
Leipzig	100	70	108	101	140	167
Essen	100	122	140	156	184	213

Diese Aufstellung zeigt, wie mühselig die Konsumgenossenschaften sich aus den mifflichen Inflationsverhältnissen emporarbeiten mußten. Desto größer sind die Erfolge in den letzten Jahren. Am besten hat sich Berlin entwickelt. Dann folgt Hamburg, des ferneren Dresden usw.

### Wirtschaftliches.

#### Rolleidende Aktionäre.

Die Vogtländische Spitzenweberei, AG., hat vor Jahren Vorzugsaktien ausgegeben, die mit 7fachem Stimmrecht ausgestattet sind und das Recht haben, eine fünffache Dividende im Verhältnis der Stammaktien zu beziehen. Da die Dividende auf die Stammaktien im Vorjahre 9 Prozent und in diesem Jahre 14 Prozent beträgt, so haben die Vorzugsaktionäre in zwei Jahren 15 Prozent mehr Dividende bezogen, als das augewandte Kapital beträgt. Man darf mit Sicherheit annehmen, daß sich die Vorzugsaktien in Händen der Verwaltung befinden. Außerdem hat diese noch 19 600 Mk. Lantime bezogen. Die Verbeibaltung der Vorzugsaktien wird mit der Überfremdungsfahr verteidigt. Dabei ist doch bekannt, daß viele Industriebetriebe in Deutschland sich gern überfremden lassen möchten, wenn es nur möglich wäre. Jedenfalls sind die Vorzugsaktien der Vogtländischen Spitzenweberei eine Quelle der Bereicherung und ein Beispiel dafür, was im Aktienwesen heute möglich ist.

### Verbandsnachrichten.

#### Mitgliedsbuch gestohlen.

Dem Kollegen Wilhelm Lange, Zahlstelle Vordamm, wurde das Mitgliedsbuch gestohlen. Das Buch trägt die Nr. 23 219. Sollte es von Unberechtigten vorgezeigt werden, so ist es zurückzubehalten und an den Vorstand einzusenden.

### Literarisches.

Byrd, der fliegende Philosoph. Es gibt Menschen, die alles, was sie tun, philosophisch begründen müssen, und Menschen, denen die Ursachen ihres Handelns fremd sind. Zu den ersteren gehört A. E. Byrd, der berühmte Polflieger. In seiner Biographie „Himmelwärts. Meine Flüge zum Nordpol und über den Atlantik“ (2,80 Mark, Brockhaus, Leipzig) erzählt er als Philosoph den abenteuerlichen Ablauf seines Lebens, an dessen glanzvoller Fassade der Titel „Held“ prangt, umgeben von Bildern jubelnder Massen und Ansprachen mächtiger Zeitgenossen in gehobener Sprache. Durch die Zeiten lugt jedoch ein anderer Byrd, ein vermurrt lächelnder, stiller, der lauten Feierlichkeiten durchaus gram ist. Er denkt sich, daß das Volk launisch ist und die Festlichkeiten bald vorübergerauscht sein werden, zu anderen „Helden“. Er sucht nach einem tieferen Sinn seines Lebens, als einer, der nicht nur im metallenen Flugzeug geborgen die abenteuerliche Fahrt seines Herzens über die Erde tun will. Und er findet, was er braucht, die Erkenntnis, daß er nicht für sich und seinen Ehrgeiz Entdeckerkarten vollbringt, sondern daß er der Träger der Fahne ist, die unsichtbar über ihm flattert. Er meint der Fahne Amerikas, das sich in ihm verkörpert sieht, des Fortschritts, der mit ihm zum Wohle der Gemeinschaft den „Anmarsch zur Höhe“ unternimmt. Er fällt sich als Abgesandter der Menschheit und schöpft seine Kraft aus dieser Verbundenheit, bezieht die Natur in einem schwachen kleinen Flugzeug, das in finsternem Kampf mit elementaren Gewalten nichts als ein lächerliches Spielzeug wäre. So aber ist es das starke Gehäuse eines starken Herzens. Ein fliegender Philosoph, schilbert Byrd in seinem Buche seine Schicksale mit heiterer Ironie. Als Zwölfjähriger macht er mit mütterlichen Augen eine Reise um die Erde, der Fliegerei wendet er sich zu, weil andere Waffen ihn für untauglich erklären. Wenn neben ihm unter dem Krachen der bestenden Maschine Kameraden zerschmettert werden, fügt er diese unabwendbaren Schrecken gefaßt in den feien Gang seines „Motors Geistes“ ein, zugleich ein Herrscher und Sklave der Maschine. Aber die Grenzen seines Daseins hinaus gibt der fliegende Philosoph in seinem Buch eine eigenartige Geschichte des Flugwesens, die den Stempel seines vorwärtsstürmenden und im Innersten doch so besinnlichen Wesens trägt.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes u. B. H. Berlin S 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 Mk., für Organisationsmitglieder 2,85 Mk. Das 10. Heft der „Arbeit“ bringt als Lesestoff eine eingehende Untersuchung von Dr. Hans Wilbrandt, „Der Arbeitslohn des Bauern“. Professor Dr. Eduard Heimann behandelt Konkurrenz und Monopol in der sozialistischen Ordnung. Die sorgfältige Untersuchung von Harry Wild über „Berufsausbildung und Berufsnachwuchs, neue Wege in der Lehrjahrsstatistik“, in der die neuesten statistischen Ergebnisse der Betriebs- und Berufszählung verwerdet sind, wird auf das Interesse weiter Kreise stoßen. Gewerbedirektor Dr. Ludwig Teleky kommt in seinem Aufsatz über die ärztliche Langzeituntersuchung von Arbeitern zu praktischen Vorschlägen, mit denen sich die Ministerien wie die Landesarbeitsämter beschäftigen müssen. Im zweiten Teil seines Aufsatzes „Der italienische korporative Staat“ behandelt Italicus die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die Korporationen.

## Chemische Industrie

### Internationale Kaliprobleme

II.

Als weiterer Kaliproduzent wird nächstens Sowjetrußland auf dem Weltmarkt erscheinen. Schon vor längerer Zeit gingen Nachrichten durch die Presse, daß in der Nähe von Solikamsk im Gouvernement Perm im westlichen Vorlande des Urals riesige Kalilager entdeckt worden seien. Russische Zeitungen teilten der Öffentlichkeit mit, daß diese Kalivorkommen nach vorläufigen geologischen Untersuchungen sich in leicht zugänglicher Tiefe befinden und eine Ausdehnung von 40 Quadratkilometern haben sollen. Nach ganz vorsichtiger Schätzung erwartet man 12 Millionen Tonnen Kalisalz pro Quadratkilometer. (?) Um sich von den russischen Kalivorkommen eine richtige Vorstellung machen zu können, wurden in der deutschen kommunistischen Presse Vergleiche mit den elfässischen Kalilagern gezogen und gesagt, daß die ehemals deutschen Kalilager im Elsaß etwa 2 Millionen Tonnen Kalisalz enthalten und einen Wert von rund 50 Milliarden Goldmark repräsentieren.

Nun weiß man ja, daß die Russen im allgemeinen zur Übertreibung neigen. Wahrscheinlich sind unsere deutschen Kommunisten in allen Dingen, welche sich auf Rußland beziehen, von dieser russischen Übertreibungsfucht infiziert. Deshalb wollen wir den deutschen Kommunisten sagen, daß die elfässischen Kalivorkommen in Wirklichkeit doch etwas anders aussehen als in der kommunistischen Phantasie. Die elfässischen Kalivorkommen erstrecken sich auf eine Fläche von 210 Quadratkilometer, und die dortigen Kalivorräte werden auf 1,8 Milliarden Tonnen Rohkali geschätzt. Die kommunistische Illusion, daß Rußland in nächster Zeit neben Deutschland der größte Kaliproduzent sein würde, dürfte damit eine ganz wesentliche Abschwächung erfahren.

Nach den ersten Meldungen der Moskauer Telegraphen-Agentur müßte die Kaliproduktion in Rußland bereits im Frühjahr d. J. aufgenommen sein. Bis heute hört man aber noch nichts von der russischen Kaligewinnung. Vom deutschen Kaliprodukt sind zwar einige Herren in Rußland gewesen, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu studieren, doch hält sich die Pressestelle des deutschen Kaliproduktors darüber in tiefes Schweigen. Es mag Gründe geben, die dieses Schweigen rechtfertigen, deshalb soll auch nicht näher darauf eingegangen werden.

Nach unseren Informationen liegen die Verhältnisse in Sowjetrußland folgendermaßen. Solikamsk liegt ungefähr auf demselben Breitengrad wie Leningrad (früher Petersburg). Vor einiger Zeit ist dort eine Eisenbahnstation einer Kleinbahn errichtet worden. Die Hauptbahnlinie kann erst in dem etwa 200 Kilometer entfernt liegenden Ort Perm erreicht werden. Die Kama fließt etwa 6 Kilometer östlich von Solikamsk vorbei. Sechs Monate im Jahre ist die Kama zugefroren oder hat Treibeis. Die Gegend soll sehr flach, und im Sommer ausgesprochenes Überschwemmungsgebiet sein. Demnach sind die Wassertransportmöglichkeiten nur auf wenige Monate im Jahre beschränkt. Ebenso sollen alle in Betracht kommenden Transportverhältnisse aus leicht erklärlichen Gründen nicht besonders vorteilhaft sein. Für den Bahntransport liegt Moskau bereits 2000 Kilometer südöstlich von Solikamsk entfernt. Soweit wir unterrichtet sind, wird dort jetzt der dritte Schacht niedergebracht, und die Abertagsanlagen gehen ihrer Vollendung entgegen.

Zweifellos wird in Zukunft auch mit einer Kaliindustrie in Sowjetrußland zu rechnen sein. Es ist wohl auch mit der Tatsache zu rechnen, daß die russische Kaliindustrie einen größeren Umfang erreichen wird als die Kaliindustrie in Spanien, jedoch unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Momente kann jetzt schon gesagt werden, daß auch die russische Kaliindustrie entscheidend konkurrierenden Einfluß auf die deutsch-französische Kaliindustrie voraussichtlich nicht gewinnen wird.

Neben den erwähnten Kalilagerstätten taucht immer wieder das Problem über die Ausbeutung der Kalisätze des Toten Meeres auf. Angeblich wird die Angelegenheit jetzt mit Hochdruck betrieben. Nach einem Bericht der „Chemiker-Zeitung“ Nr. 70 vom 31. August 1929 haben auf Einladung des Britischen Kolonialamtes, das in dieser Sache mit den Regierungen von Palästina und Transjordanien gemeinsam vorgeht, Verhandlungen stattgefunden. Es haben sich vier kapitalkräftige Gruppen um die Konzession beworben. Die kapitalstärkste Gruppe stand unter Führung von Dr. H. Norton, welche die Finanzierung des Problems in jedem Ausmaß sofort übernehmen und Anlagen in einem Umfang herstellen wollte, daß der ganze Weltbedarf an Kali, Brom- und Magnesiumsalzen innerhalb kurzer Zeit aus dem Toten Meer gedeckt werden sollte. Diese Nachricht mag wohl mit ziemlich gemischten Gefühlen aufgenommen worden sein. Anscheinend war das selbst dem Britischen Kolonialamt zu viel, denn nach weiteren Verhandlungen wurde die Konzession auf 75 Jahre einem russischen Bergingenieur M. Nowomeyski und einem schottischen Maschineningenieur M. J. Tulloch erteilt. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft beträgt 100 000 Pfund und ist innerhalb Jahresfrist einzuzahlen. Diese Gesellschaft ist mit ihren Kaligewinnungsplänen auch sehr viel bescheidener als Dr. Norton; denn die jährliche Produktion soll innerhalb acht Jahren auf 50 000 Tonnen Salz (?) gebracht werden. Was für Salz gewonnen werden soll, ist in dem Bericht nicht gesagt. Angenommen aber, die Berechnungen sind auf Reinkali vorgenommen, so würde die Kaliproduktion am Toten Meer innerhalb acht Jahren erst die heutige amerikanische Produktion erreichen.

Da nun immer wieder die Schätze des Toten Meeres in der Öffentlichkeit zur Erörterung stehen, sei auch uns gestattet, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und unsere Ansicht zu äußern. Auf der Karte von Palästina ist ersichtlich, daß sich der Jordanfluß ins Tote Meer ergießt. Die Oberfläche des Toten Meeres liegt 394 Meter unter dem Spiegel des Mittel-

meeres. Infolge einer durchschnittlichen Jahrestemperatur von 38 Grad Celsius verbunden mit einer äußerst starken Verdunstung, ist der Salzgehalt des Toten Meeres fast 5mal größer als bei des Mittelmeeres. Nach durchgeführten Analysen wechselt die Zusammensetzung des Wassers mit der Tiefe des Toten Meeres. Bei einer Verdampfung des Meerwassers müßten um 100 Tonnen Chloralkalium zu gewinnen, 7500 Tonnen Wasser verdunstet werden. Dabei würden außer dem Chloralkalium 700 Tonnen Chlornatrium, 1500 Tonnen Chlormagnesium und 850 Tonnen Chlorkalzium anfallen. Etwasige Fabrikationsverluste, welche beim Eindampfen und Lösen des als erstes Produkt gewonnenen künstlichen Karnallits entstehen, sind hierbei noch gar nicht berücksichtigt. Diese wenigen Zahlen zeigen, wie es mit der Kaliproduktion dort bestellt sein wird. Sicher wird auch am Toten Meer bei ernstlicher Inangriffnahme des Projektes Kali gewonnen werden können, auch für die Gewinnung von Brom liegt die Möglichkeit vor. Beide Produkte können aber nur als Nebenprodukte von Chlornatrium gewonnen werden. Das ist leicht verständlich, denn das Verhältnis von Chlornatrium zu Chloralkalium ist 7:1. Die Produktions- und Transportkosten sollen hierbei gar nicht erörtert werden. Wenn die Projekte der Ausbeutung der Kalisätze des Toten Meeres tatsächlich ernsthaft in Angriff genommen werden sollen (experimentiert

Aber den Umfang der Gummierzugung liegen folgende Zahlen vor: Die Weltproduktion an Gummi betrug im Jahre 1929 nach den bisherigen Schätzungen 820 000 bis 850 000 Tonnen und wird für das Jahr 1930 auf 860 000 Tonnen geschätzt. Der mit Gummibäumen bepflanzte Boden umfaßte für das Jahr 1925 1 678 853 Hektar, während im Jahre 1928 eine Bebauungsfläche von 1 955 346 Hektar vorhanden war. Dabei ist die mögliche Ausbeute an Gummi aus diesen Pflanzungen noch nicht erreicht. In Niederländisch-Indien werden heute etwa 66 Prozent, in den malaisischen Staaten etwa 80 Prozent und in Ceylon etwa 85 Prozent der Gummibäume abgezapft.

Erwähnenswert ist der Umfang, die die Ausfuhr des Gummis aus den Erzeugungsländern angenommen hat. Dabei ist besonders auffallend die ungeheure Ausfuhrsteigerung im letzten Jahre. Die Ausfuhr aus den Malaisienstaaten hat im ganzen Jahre 1928 über 108 000 Tonnen betragen. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres jedoch belief sich die Ausfuhr bereits auf 434 000 Tonnen. Aus Niederländisch-Indien sind in der Zeit von Januar bis August d. J. 200 000 Tonnen exportiert worden gegen 176 000 T. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Gummilager in den europäischen Ländern sind stark belastet. Die Vorräte in London sind zur Zeit wesentlich höher als im Vorjahre, ähnliche Nachrichten liegen vor aus Liverpool, dem Hauptgummihandelszentrum der Welt. Ebenfalls haben sich in Amerika außerordentlich große Rohstoffvorräte angehäuft.

Nachfrage und Abfall auf dem Rohgummimarkt stehen augenblicklich in einem starken Mißverhältnis. Die Preise für Rohgummi sind rapide gefallen. Die Verbraucher halten infolgedessen mit ihren Käufen zurück und decken lediglich ihren laufenden Bedarf. Zwar versuchen die Händler, die über große Kapitalien verfügen, die Ware zu halten bis zu einem besseren Verkaufstermin. Dieses Unternehmen scheint jedoch in Hinsicht auf die allgemeine Marktlage aussichtslos zu sein.

Bereits vor einigen Jahren lagen auf dem Rohgummimarkt ähnliche Verhältnisse vor, die jedoch durch eine künstliche Regelung vorübergehend zugunsten der Gummierzuger behoben wurden. Es war Lord Stevenson, der im Jahre 1922 mit seinem Plan über die Valorisierung (künstliche Zurückhaltung) der Gummierzugung hervortrat. Die englische Regierung hat diesen Plan damals akzeptiert, die Holländer hatten ihn jedoch, obwohl sie große Gumminteressen haben, abgelehnt. Angeblich, da sie nicht ohne Mitarbeit der Pflanzler auf Niederländisch-Indien eine solche Regelung mit genügender Wirksamkeit ausüben könnten. Trotz dieses Ausschleuders der Holländer hat sich die Einführung der Gummi-Restriktionen (Beschränkung) durchgesetzt, namentlich die Amerikaner, die Großabnehmer für Rohgummi waren, haben die Auswirkung dieser Preispolitik empfindlich zu spüren bekommen. Amerika war es auch insbesondere, das gegen diese englische Beschränkung mit Erfolg den Kampf führte. Die Beschränkung mußte fallen, weil trotzdem ungeheure Mengen von Gummi in den Handel gelangten. Das Überangebot der Gummierzuger führte sodann zu den wirtschaftlichen Auswirkungen in der Gummiiudustrie, wie sie heute vorhanden sind. Es ist eine Tatsache, daß die Ausfuhr aus den asiatischen Gummigebieten, hauptsächlich aus den Malaisienstaaten und aus Niederländisch-Indien-Plantagen, heute bereits weit über den Konsum hinausgehen.

Trotz der ungeheuren Steigerung des Gummikonsums, im Jahre 1921 betrug der Weltverbrauch 277 000 Tonnen, 1929 zirka 800 000 Tonnen, ist der Markt nicht mehr aufnahmefähig.

Beachtenswert ist, daß der Rohgummiverbrauch in den Vereinigten Staaten ganz offenbar zurückgeht. Man rechnet damit, daß der Kaufschubverbrauch der Vereinigten Staaten im Monat September dieses Jahres nur 35 000 Tonnen beträgt, gegen 50 000 Tonnen im Mai. Der Rohgummiverbrauch ist in den Vereinigten Staaten in den letzten Monaten dauernd gesunken.

Andererseits dagegen ist der europäische Gummiverbrauch stark gestiegen, und zwar sind an dem Mehrverbrauch hauptsächlich Deutschland und Frankreich beteiligt. Infolge der Zunahme des Automobilverkehrs in diesen Ländern wird der Verbrauch in Zukunft noch steigen.

Infolge dieser Verhältnisse hat sich der Gummierzuger und -händler eine Panik bemächtigt. Ein wirksames Mittel zur Bekämpfung des Preisrückganges steht diesen Wirtschaftspraktikern zur Zeit nicht zur Verfügung. Man sucht fieberhaft nach einem Ausweg aus dieser Krise. Daß eine nochmalige Maßnahme wie der Stevenson-Plan ergriffen wird, ist angesichts der zweifelhaften Erfolge unwahrscheinlich, jedoch wird von Holland ausgehend eine sogenannte Gummivalorisierung (künstliche Zurückhaltung, um den Preis hochzuhalten) angekreht. Dieses Ziel will man durch die Gründung einer Rohgummiverkaufszentrale erreichen. Im Gegensatz zu der früheren englischen Restriktion soll keine Einschränkung der Erzeugung vorgenommen werden, sondern es soll ein gewisser Prozentsatz der Erzeugung — man spricht von 10 bis 20 Prozent — dem Markt künstlich ferngehalten werden. Man versucht also systematisch zum Schutze der Produzenten und zur Hochhaltung der Gummipreise eine geschlossene Kampfgemeinschaft mit künstlicher Abrosselung des Angebots zu schaffen.

Ob sich eine solche Absicht durchführen läßt, hängt von den ungeheuren Mitteln ab, die zur Gründung einer solchen Gemeinschaft notwendig sind. Wie die brasilianische Kaffeewalorisierung zeigt, sind zur Durchführung einer solchen Maßnahme gewaltige Kapitalien notwendig; ein solcher Plan hängt auch wesentlich davon ab, ob sich die Engländer ihm anschließen werden. Eines aber ist trotz allem zu bedenken: Selbst, wenn es gelingt, diese Maßnahme durchzuführen, so tritt das, was in der Gummierzugung mit Recht betont wird, in Erscheinung, daß durch das Absperrn eines Teiles der Produktion des Rohgummis die Tatsache eines

## Sehe

zur Kommunalwahl, Kollegin, und gib deine Stimme für die sozialdemokratische Liste ab, die allein deine Forderung auf einen größeren Anteil an den materiellen und geistigen Gütern unserer Kultur erfolgreich vertreten kann! Die geschlichen Bestimmungen

## zur

Sicherung von Leben und Gesundheit der arbeitenden Frau, zum Schutze von Mutter und Kind wären undenkbar ohne die energische, zielbewusste Arbeit der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften. Als die sozialdemokratische Stadterordnungsfraktion in Frankfurt a. M. die Vorleser der modernen Technik auch den arbeitenden Frauen zugute kommen lassen, Zentralwäschereien mit neuzeitlichen Maschinen einrichten wollten, lehnten die bürgerlichen Parteien das ab. Denke daran bei der bevorstehenden

## Kommunalwahl

und gib deine Stimme nicht den Parteien, deren Vertreter sagten: „Es hat sich noch keine arbeitende Frau teigearbeitet.“ So wenig kennen diese Leute deine wirtschaftliche Lage und dein Verlangen nach etwas mehr Lebensfreude und Lebensglück, Kollegin. Vergiß es nicht bei den Kommunalwahlen!

wird dort schon seit einigen Jahren), so sind wohl in erster Linie politische Fragen britischer und zionistischer Flotteninteressenten ausschlaggebend, und der Wunsch dieser Kreise, am Mittelmeer einen Hafensüdpunkt zu haben, dürfte der Vater des Gedankens sein. Vom Toten Meer ist unserer Auffassung nach die allerwenigste Konkurrenz zu befürchten. Die wesentlichsten Kaliquellen dürften damit wohl angeführt sein. Vor nicht allzulanger Zeit sollen Pressenachrichten zufolge zwar in Italien größere Versuche zur Gewinnung von Kali aus Leucit zum Abschluß gekommen sein; aber auch dieses Problem ist nicht neu. Von irgendwelchen Maßnahmen zur fabrikmäßigen Gewinnung von Kali aus Leucit hat man noch nichts gehört.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß in allen Ländern recht ernsthafte Versuche unternommen werden, selbst Kali zu gewinnen, um vom deutsch-französischen Kali unabhängig zu werden. Die ganze Wissenschaft hat man angepannt, um dieses Problem zu lösen. Wohl kein Gebiet ist so durchforstet worden wie die Kaligewinnung und -herstellung. Jedoch abgesehen von den natürlichen Kaliquellen ist bisher in allen Ländern die Kaligewinnung von nur ganz untergeordneter Bedeutung. Auch dort, wo Kali bergmännisch gewonnen wird, sind die Produktions- und Transportverhältnisse nicht so günstig wie in Deutschland.

Die deutsch-französische Kaliindustrie verfügt demnach nicht nur über die besten Lagerstätten, sondern sie besitzt neben der großen Leistungsfähigkeit auch eine zirka 70jährige Erfahrung und vor allen Dingen eine gut eingearbeitete Arbeiterschaft. Deshalb kann die deutsche Kaliindustrie, wenn nicht Komplikationen mit dem Elsaß eintreten, bei einiger Aufmerksamkeit der Entwicklung dieser Verhältnisse mit Ruhe entgegensehen.

## Welt-Gummikrise.

Steigende Gummierzugung — sinkende Preise.

Durch den Aufschwung der gummiverarbeitenden Industrien, namentlich der Automobilindustrie, hat die Erzeugung von Naturgummi in den letzten Jahrzehnten einen geradezu glänzenden Aufstieg genommen. Die teilweise enormen Erträge aus den Gummianpflanzungen reizten zu immer neuer Anlage von Kapitalien in diesem Produktionszweig. Die Folge davon war, daß, wie im Wesen des kapitalistischen Wirtschaftssystems immer, in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Überproduktion eintrat, die der Preispolitik der Erzeuger schwere Schläge verfeigte.

Vorhandenseins nicht aus der Welt geschafft wird. Der Markt wird immer mit den abgesperrten Vorräten rechnen, so daß diese künstlich zurückgehaltenen Vorräte die Phantastik der Börsenspekulanten fortwährend beherrschen werden.

K. Seegerer.

Papier-Industrie

Die Papierindustrie der Tschechoslowakei.

Der Zusammenbruch der Donau-Monarchie brachte als selbständigen Staat die Tschechoslowakei. Während von der 50-Millionen-Bevölkerung der alten Doppelmonarchie nur 13,5 Millionen oder 27 Prozent auf die Tschechoslowakei übergingen, übernahm der neue Staat fast die Hälfte der Papiererzeugungs-Industrie der ehemaligen Monarchie Österreich-Ungarn.

Begünstigt durch außerordentliches Waldreichtum ist die Papiererzeugungsindustrie der Tschechoslowakei nicht nur in der Lage, ihren Papierholzbedarf im eigenen Staate zu decken, sondern darüber hinaus kann die tschechoslowakische Forstwirtschaft noch erhebliche Papierholzmengen, darunter auch nach Deutschland, ausführen.

Zahl der Betriebe.

Die vorhandenen Betriebe der Papiererzeugungsindustrie teilen sich der Produktion nach in

Table with 2 columns: Type of factory, Count. 95 gemischte Betriebe, 16 reine Holzstofffabriken, 6 reine Zellulosefabriken.

Insgesamt 117 Betriebe

Die Tatsache, daß 95 aller Unternehmungen ihre Halbstoffe, wie Holzstoff, Zellstoff, Strohhof, Habernstoff usw., selbst herstellen, begünstigt die Rentabilität der tschechoslowakischen Papiererzeugungsindustrie außerordentlich.

Der in diesen 117 Unternehmungen vorhandene Maschinenpark setzt sich folgendermaßen zusammen:

Table with 3 columns: Machine type, 1919 count, 1928 count. Paper machines, 149, 163; Paper pulp machines, 192, 210; Wood pulp, 189, 190; Cellulose, 67, 74.

Unter die Pappmaschinen fallen auch die Holzstoffpressen in Holzschleifereien. Der Zahlenvergleich des Maschinenparks von 1919 und 1928 zeigt, daß auch in der Tschechoslowakei die Rationalisierung erhebliche Fortschritte gemacht hat.

Zahl der Arbeiter.

In der gesamten Papiererzeugungsindustrie der Tschechoslowakei werden nach einem Vortrag von Ingenieur Jantsch im Fachverein für Zellulose, Papier und Holzstoffindustrie in Prag etwa 2500 Angestellte und 18 000 bis 20 000 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt, so daß die Zahl der Beschäftigten, einschließlich Familienangehöriger, 75 000 bis 80 000 betragen wird.

Der Rohstoffverbrauch.

Der Rohstoffverbrauch der tschechoslowakischen Papiererzeugungsindustrie gestaltete sich im Jahre 1928 folgendermaßen:

Table with 2 columns: Raw material, Quantity. Kohlen, 150 000 Waggons; Celluloseholz, 1 513 200 Kammmeter; Schleifholz, 476 500 Kammmeter; Habern, 18 800 Tonnen.

Produktionsergebnisse.

Die Produktion der tschechoslowakischen Papiererzeugungsindustrie entwickelte sich seit dem Bestehen der Republik bis zum Jahre 1928 wie folgt:

Table with 5 columns: Year, Paper (Tonnes), Cellulose (Tonnes), Wood pulp (Tonnes), Paper pulp (Tonnes). Shows production growth from 1919 to 1928.

Die im Jahre 1928 erzeugten 11 000 Tonnen Rohpappe sind in die Papiererzeugung mit eingerechnet.

Die Produktionssteigerung

von 1919 bis 1928 wirkte sich in den einzelnen Zweigen der Papiererzeugungsindustrie folgendermaßen aus:

Table with 2 columns: Production type, Increase percentage. Papier, 116,7 Prozent; Zellulose, 266,7 Prozent; Holzstoff, 63,2 Prozent; Pappen, 10,9 Prozent.

Kapfleistung der beschäftigten Arbeiter.

Die Leistung pro Kopf der beschäftigten Arbeiter gestaltete sich in der tschechoslowakischen Papiererzeugungsindustrie von 1919 bis 1928 folgendermaßen:

Table with 2 columns: Year, Performance per head (Tonnes). 1919: 125; 1920: 152; 1921: 14; 1922: 15,1; 1923: 17,1; 1924: 21,4; 1925: 24,7; 1926: 25,9; 1927: 27,4; 1928: 27,9.

Die Produktionsleistung pro Kopf der beschäftigten Arbeiter ist demnach seit 1919 bis 1928 um 123,2 Prozent gestiegen. Dabei ist zu beachten, daß die Kapfleistung seit 1919 ununterbrochen auf dem Dreifachen bis Vierfachen beruht. Somit ist diesen Leistungen ein noch in den Prozentzahlen der Produktionssteigerung keine Abnahme mit aller Deutlichkeit die in der Tschechoslowakei durchgeführte Rationalisierungsmaßnahmen hervor.

Papier- und Pappenverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung.

Die Zelluloseindustrie legt ungefähr 20 Prozent ihrer Produktion im Inlande ab. Bezogen werden 65 Prozent der Papiererzeugung im Inlande verbraucht. Die Produktion der Pappindustrie wird fast zu Hälfte der Inlandbedürfnisse.

Table with 3 columns: Year, Paper consumption (Tonnes), Paper pulp consumption (Tonnes). 1920: 7,6, 2,8; 1921: 6,8, 2,4; 1922: 5,6, 2,4; 1923: 6,0, 2,3; 1924: 9,6, 2,4; 1925: 10,1, 2,6; 1926: 11,4, 2,9; 1927: 12,2, 2,4; 1928: 13,6, 2,5.

Während der Pappenverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung seit 1920 fast gleichgeblieben ist, hat sich der Papierverbrauch im gleichen Zeitraum fast verdoppelt.

Der Außenhandel mit Papier.

Ungefähr 35 Prozent der tschechischen Papiererzeugung müssen exportiert werden. Der Hauptanteil fällt dabei auf Packpapier, von dem im Jahre 1928 27 931 Tonnen ins Ausland gingen; ihm folgt Druckpapier mit einer Ausfuhr von 13 897 Tonnen. Die Papierein- und -ausfuhrzahlen seit 1920 ergeben sich aus der folgenden Zusammenstellung:

Table with 3 columns: Year, Paper import (Tonnes), Paper export (Tonnes). 1920: 2604, 39 089; 1921: 1940, 38 802; 1922: 1827, 35 144; 1923: 1285, 25 835; 1924: 1954, 23 615; 1925: 2486, 35 904; 1926: 2493, 40 343; 1927: 3630, 56 012; 1928: 5214, 53 214.

Keine Privilegien, keine Sonderinteressen.

Auch die proletarische Politik vertritt die Interessen einer besonderen Gruppe, nämlich die Klasseninteressen des Proletariats. Aber diese proletarischen Sonderinteressen sind von einer ganz anderen Natur als die bürgerlichen. Denn sie bedeuten ja nichts anderes, als daß die Ausbeutung des Proletariats aufhören, die Unterdrückung der Besitzlosen beseitigt werden soll.

Marx Adler („Die Kulturbedeutung des Sozialismus“).

Während die Papiereinfuhr um rund 100 Prozent gestiegen ist, stieg die Ausfuhr um rund 36 Prozent.

Der Außenhandel mit Zellstoff.

Von der Zellstoffherzeugung werden rund 80 Prozent ausgeführt. Der Hauptanteil der Zellstoffausfuhr entfällt auf Deutschland. Laut Vereinbarungen der deutschen mit der tschechoslowakischen Zellstoffindustrie darf letztere nach Deutschland jährlich rund 50 000 Tonnen Zellstoff einführen, während umgekehrt die deutsche Zellstoffindustrie sich verpflichtet hat, in der Tschechoslowakei keinen Zellstoff mehr anzubieten.

Das den nachstehenden Zahlen ergibt sich die Ein- und Ausfuhrentwicklung von Zellstoff von 1920 bis 1928:

Table with 3 columns: Year, Cellulose import (Tonnes), Cellulose export (Tonnes). 1920: 4580, 20 947; 1921: 526, 32 984; 1922: 895, 57 039; 1923: 979, 60 406; 1924: 2486, 72 505; 1925: 3641, 71 779; 1926: 2412, 73 619; 1927: 3913, 92 363; 1928: 5080, 93 522.

Während von 1920 bis 1928 die Zellstoffeinfuhr nur ganz unbedeutend gewachsen ist, stieg die Zellstoffausfuhr um rund 346 Prozent.

Der Außenhandel mit Pappen.

Der Außenhandel mit Pappen nahm von 1920 bis 1928 folgende Entwicklung:

Table with 5 columns: Year, Paper import (Tonnes), Paper pulp import (Tonnes), Paper export (Tonnes), Paper pulp export (Tonnes). 1920: 902, 453, 1359, 1932; 1921: 925, 10, 916, 2832; 1922: 737, 44, 957, 2377; 1923: 141, 10, 1543, 4429; 1924: 304, 382, 1559, 7213; 1925: 509, 875, 607, 4144; 1926: 489, 215, 2212, 4485; 1927: 513, 286, 3190, 4133; 1928: 716, 252, 1909, 2589.

Im Rahmen der Gesamtentwicklung des Außenhandels in der Papiererzeugungsindustrie ist die Ein- und Ausfuhr von Pappen und Rohpappen in der Tschechoslowakei von vollkommen untergeordneter Bedeutung.

Der Außenhandel mit Holzstoff.

Eine Ausfuhr von Holzstoff aus der Tschechoslowakei findet so gut wie gar nicht statt. Die Holzstoffeinfuhr betrug seit 1920 bis 1927 im Jahresdurchschnitt 3500 Tonnen und erhöhte sich im Jahre 1928 infolge des Wassermangels auf 10 089 Tonnen.

Die Papierwarenexporte.

Die Ausfuhr von fertigen Papierwaren aus der Tschechoslowakei erreichte dem Werte nach in den letzten vier Jahren folgende Summen:

Table with 2 columns: Year, Value. 1925: 35 160 000 Kr.; 1926: 36 600 000 Kr.; 1927: 47 300 000 Kr.; 1928: 48 000 000 Kr.

Die Einfuhr von Papierwaren beträgt dagegen dem Gewichte nach nur rund 10 Prozent. Im Jahre 1927 fand einer Ausfuhr von 155 143 Tonnen fertiger Waren aus Papier und Papp nur eine Einfuhr von 14 069 Tonnen gegenüber.

Wie aus dem vorstehenden geht, ist die wirtschaftliche Entwicklung der tschechoslowakischen Papiererzeugungsindustrie seit Bestehen der Republik und nach Überwindung der Wirtschaftskrise als geradezu beispielhaft zu bezeichnen. Leider können die tschechoslowakischen Papierarbeiter von ihrer Lohnentwicklung nicht das gleiche behaupten.

Zellstoff-Preiserhöhungen.

Das Syndikat der Zellstoffindustriellen, die Zellstoff-Ö. m. b. H., erhöhte am 1. Oktober 1929 die Preise für angebleichten Zellstoff um 50 bis 100 Prozent. Die Mindestpreise für je 100 Kilo Zellstoff folgendenmaßen:

Table with 2 columns: Type of paper, Price. Sekunda, ungebleicht: 25,25 Mk.; I. b. ungebleicht: 26,75 Mk.; I. a. normal: 27,75 Mk.; I. a. bleichfähig: 30,00 Mk.; Sekunda, gebleicht: 33,50 Mk.; Prima, gebleicht: 35,00 Mk.

Die Umfahprämie beträgt bei einem monatlichen Gesamtbezug von:

Table with 2 columns: Quantity, Percentage. 1 bis 240 Tonnen: 1 Prozent; 250 bis 499 Tonnen: 2 Prozent; 500 bis 749 Tonnen: 3 Prozent; 750 bis 999 Tonnen: 4 Prozent; ab 1000 Tonnen: 5 Prozent.

Die Anfänge der internationalen Auswirkungen des deutschen Zellstoffpreiserhöhungen ergeben sich aus folgenden Syndikatsbemerkungen bezüglich der Umfahprämie:

„Den Bezügen von Mitgliedsfirmen sind nachgestellt die Bezüge der Ö. m. b. H. für Zellstoff- und Papierfabrikation in Remel und von den tschechoslowakischen Zellstofffabriken, welche diesem Abkommen beigetreten sind. Die Verrechnung der Umfahprämie mit den tschechoslowakischen Zellstofffabriken erfolgt durch die Sulfit-Ö. m. b. H. in Prag.“

Aus diesem Satz ergibt sich, daß mit der Zellstoffindustrie Litauens und der Tschechoslowakei die deutsche Zellstoffindustrie nicht nur eine Abzug-, sondern auch eine Preisregelung erzielt hat. Verzeichnend ist, daß dieses Preisdiiktat des Zellstoffpreiserhöhungen als „Abkommen“ deklariert wird, obwohl Abkommen doch eine Verständigung zwischen Erzeuger und Abnehmer, in diesem Falle zwischen der Zellstoffindustrie einerseits und der Papierfabrikation andererseits, voraussetzen.

Nahrungsmittel-Industrie

Völkerverbund und Weltzuckerwirtschaft.

Wir haben im „Proletarier“ wiederholt darauf hingewiesen, daß der Wirtschaftsausschuß des Völkerverbundes sich mit der Weltmarktlage der Zuckerindustrie beschäftigt hat. Die Beratungen sind nun vorläufig beendet, und über das Ergebnis der Beratungen des Wirtschaftsausschusses des Völkerverbundes liegt ein vorläufiger Bericht vor. Wir behalten uns vor, auf diesen Bericht noch näher einzugehen. Der Bericht ist den einzelnen Ländern mit nachstehendem Schreiben zugesandt worden:

Völkerverbund. C. L. 243. 1929 II. Genf, den 1. Oktober 1929.

Ich habe die Ehre, Ihnen ein Exemplar des vorläufigen Berichtes des Wirtschaftsausschusses, der vom Rat genehmigt worden ist, über die Weltzuckerlage (Schriftstück C. 303, K. 104, 1929, II) zu überreichen.

Als mich der Rat durch seine Entschliessung vom 31. August 1929 beauftragte, Ihnen diesen Bericht mitzuteilen, hat er mich gebeten, die Aufmerksamkeit Ihrer Regierung besonders auf die letzte Schlussfolgerung des Berichtes des Wirtschaftsausschusses zu lenken. Die folgende ist:

„Schließlich erlauben wir uns, dem Rat die Anregung zu geben, den Regierungen zu erkennen zu geben, wie wünschenswert es wäre, zu prüfen, ob es möglich sein würde, die Verbrauchssteuern auf Zucker ohne Nachteil für ihre fiskalische Lage zu senken.“

Die Bemerkung, auf die sich diese Schlussfolgerung stützt, werden in dem Bericht angegeben: Man glaubt, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Zuckerindustrie ganz oder teilweise durch eine neue und schnellere Erhöhung des Verbrauches behoben werden könnten. Darum wäre es wichtig, zu erfahren, ob die Zuckererzeugungssteuern, die in verschiedenen Fällen außerordentlich hoch sind, nicht herabgesetzt werden könnten. Nach der Ansicht des Wirtschaftsausschusses wäre es auf keinen Fall unmöglich, daß eine Herabsetzung der Steuern eine ziemlich beträchtliche Erhöhung des Verbrauches nach sich ziehen würde, und daß dadurch die aus der Steuer erzielten Einnahmen erhöht und nicht vermindert würden.

Der Rat hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, welchen Wert er darauf legt, wenn möglich noch vor dem 30. März 1930 zu erfahren, zu welchen Überlegungen und Bemerkungen Ihnen die letzte Schlussfolgerung des Berichtes des Wirtschaftsausschusses Anregung gibt.

In diesem Schreiben wird den einzelnen Staaten also empfohlen, zu prüfen, ob die Verbrauchssteuer auf Zucker herabgesetzt werden kann. Man ist der Auffassung, daß dadurch die Preise gesenkt und der Verbrauch gesteigert werden kann. Wir haben schon früher darauf verwiesen, daß eine Herabsetzung oder die Beseitigung der Zuckersteuer und eine darauf folgende Senkung des Zuckerpreises sicher geeignet wären, den Verbrauch zu steigern. Voraussetzung dabei aber ist, daß die Steuerermäßigung nicht evtl. durch eine Zollherabsetzung oder durch andere Maßnahmen wirkungslos gemacht wird, so daß sie sich im Preise doch nicht auswirkt.

Außerdem würde eine Angleichung der Verbrauchssteuern in den verschiedenen Ländern den Weg zu einer internationalen Zuckerkonvention ebnen helfen. Sehen wir uns die Steuern in verschiedenen Staaten an, dann erhalten wir folgendes Bild:

Verbrauchssteuern auf raffinierten Zucker in Dollars für 100 Kilogramm:

Table with 3 columns: Country, Value, Value. Italien: 20,95; U.S.S.R.: 15,44; Niederlande: 10,83; Jugoslawien: 8,80; Norwegen: 8,00; Türkei: 7,72; Spanien: 7,28; Ungarn: 7,07; Japan: 6,42-7,69; Bulgarien: 5,98; Tschechoslowakei: 5,45; Frankreich: 4,88; Polen: 4,31; Österreich: 3,24; Großbritannien: 2,78; Deutschland: 2,50; Rumänien: 2,43; Dänemark: 1,63; Belgien: 1,11; Schweden: 1,07.

Von den aufgeführten Ländern wird die Zuckersteuer in Großbritannien, Dänemark und Belgien nur für den einheimischen Zucker erhoben. Die für Norwegen angegebene Steuer ist der Zoll; da Norwegen aber selbst keinen Zucker erzeugt, wirkt sich dieser als Steuer aus. Im übrigen zeigt die Zusammenstellung, daß wir in Deutschland mit unserer Zuckersteuer bei weitem nicht an erster, sondern erst an 16. Stelle stehen. Unter Deutschland stehen mit den Steuerhöhen nur noch vier Staaten. Es gibt aber noch Steuerhöhen, die das Vier- bis Achtfache der deutschen Zuckersteuer betragen. Eine Senkung der Steuer könnte also in vielen Ländern

eine starke Preislenkung beim Zucker bringen. Es muß erwartet werden, wie sich die einzelnen Länder, die im Ausschusse des Wirtschaftsausschusses beim Völkerbunde vertreten werden.

Der Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes ist demnach nicht zu der Schlussfolgerung gekommen, dass die Regierungen eine internationale Zuckerkonvention auf ähnlicher Grundlage, wie sie früher schon bestanden hat, abzuschließen. Trotzdem wird dieser Plan von einem Teil der Sachverständigen nicht aufgegeben.

Herr Dr. Prinsjes Oerliss (Amsterdam), der gleichfalls vom Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes als Sachverständiger vernommen wurde, und der in der internationalen Zuckerkonvention etwas gilt, kommt, nachdem der Völkerbund eine allgemeine Zuckerkonvention nicht empfiehlt, auf diesen Plan nochmals zurück. Er macht im "Telegraph" und in einigen anderen Zeitschriften zu dieser Sache längere Ausführungen und fasst seine Ansicht zum Schluss in sieben Punkte zusammen. Wir verzichten zunächst darauf, diese Vorschläge wörtlich zu bringen, bemerken aber, daß eine Konvention, die auf Grund dieser Vorschläge zustande kommen würde, schon wesentlich von der Brüsseler Konvention abweichen würde.

Nachdem nun der Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes den Gedanken einer allgemeinen Zuckerkonvention zunächst fallen ließ, haben auch die privaten Anregungen des Herrn Dr. Prinsjes Oerliss wenig Aussicht auf praktische Durchführung. Es ist aber immerhin bemerkenswert, daß ein so hervorragender Kenner der Zuckerwirtschaft diesen Plan doch nicht aufgibt. Die deutsche Zuckerindustrie hat einer allgemeinen Zuckerkonvention von vornherein ablehnend gegenübergestanden. Durch den negativen Verlauf der Beratungen im Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes ist sie in ihrer ablehnenden Haltung bestärkt worden. Es besteht also wenig Aussicht, daß wir in nächster Zeit zu einer allgemeinen Zuckerkonvention kommen.

In Deutschland haben sich die Verhältnisse inzwischen etwas stabilisiert. Durch den Zins- und Lagerausgleich, den die deutsche Zuckerindustrie in Form von monatlichen Zuschlägen erhalten hat, und durch durchgreifende organisatorische Maßnahmen ist eine gewisse Stabilität bei den deutschen Zuckerpreisen eingetreten. Dazu kommt, daß wir voraussichtlich in der laufenden Kampagne eine Minderproduktion beim Rübenzucker nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Staaten haben werden. Damit ist noch nicht gesagt, daß eine Zuckerknappheit eintreten wird. Wir haben auf dem Zuckermarkt reichlich Vorräte, so daß eine Minderproduktion in einem Jahre keine Knappheit auf dem Weltmarkt bedeutet. Ein Rückgang bei der Rübenzuckererzeugung bedeutet aber ein weiteres Vordringen des Rohrzuckers auf dem Weltmarkt. Immerhin aber sind die Aussichten, daß die Konkurrenz auf dem Weltmarkt so stark wird, wie sie erwartet wurde, nicht vorhanden. Das mag dazu beitragen, daß man die Dinge einstweilen an sich herankommen läßt.

E. Senkfeil.

Unfallschutz in der Konservenindustrie.

Unter dem Titel: "Die hauptsächlichsten Unfallgefahren und ihre Verhütung in der Konservenindustrie, den Präserven- und Marmeladenfabriken" hat die Nahrungsmittelindustrie-Vereinsgenossenschaft eine 61 Seiten umfassende Schrift herausgegeben. Die Schrift trägt folgendes Motto:

"In der Unfallverhütung sollte als Grundsatz gelten, daß eine Gefahr nicht mehr besteht, wenn man sie kennt und sich gegen sie schützt."

Diesem Grundsatz kann man nur zustimmen. Leider wird in sehr vielen Betrieben nicht nach jenem Grundsatz gehandelt. Das trifft auch für sehr viele Betriebe der Konservenindustrie zu, namentlich dann, wenn in der Hauptsaison mit Hochdruck gearbeitet wird. Wir begrüßen es deshalb, daß die Nahrungsmittelindustrie-Vereinsgenossenschaft sich dieses Industriezweiges besonders annimmt. An einer anderen Stelle heißt es in der Schrift:

"Auffallend bleibt für den Unfalltechniker die Tatsache, daß die die Allgemeinheit angehenden Unglücksfälle stets in der Tagespresse von Erörterungen und Äußerungen des Mißweils und von Vorschlägen zum besseren Schutze des Publikums begleitet sind. Dagegen finden die in der Industrie bei der Arbeit vorkommenden Unfälle, abgesehen von einer kurzen Registrierung, kaum Beachtung. Ein Vorgang, der zu der Annahme berechtigt, daß diese Unfälle als unabweidbar, nicht zu verhüten, angesehen werden."

Das trifft durchaus nicht zu! Wenn z. B. der NW. aus dem ganzen Reiche sämtliche Unfälle, die sich in den ihr angeschlossenen Betrieben zuträgen, gemeldet werden, dann ist ohne weiteres ersichtlich, wo sich eine Unfallgefahr befindet, und wo der Hebel zu ihrer Beseitigung eingeleitet werden kann."

Der Verfasser sagt dann weiter: "Gründliche Beobachtung aller Dinge! Das ist das Geheimnis allen Erfolges." Auch diesen Ausführungen können wir nur zustimmen. Man kann manchmal in der Tat beobachten, daß sich die Arbeiterklasse eines bestimmten Industriezweiges zu leicht mit Gefahren, die die Arbeit mit sich bringt, abfindet, obwohl es auf Grund der vorliegenden Erfahrung möglich wäre, diese Gefahren zu vermindern und oft ganz zu beseitigen. Vom Standpunkte des Unternehmers ist es verständlich, wenn dieser dem Arbeiterzuschuß nicht die Aufmerksamkeit schenkt, die er ihm schenken müßte. Zum Teil kosten Schutzvorrichtungen auch noch Geld, und das gibt ein Unternehmer nun mal nicht gerne aus. Weiterdenkende Unternehmer aber wissen, daß sich ein guter Unfallschutz auch vom Unternehmerstandpunkt aus bezahlt macht, denn er ist billiger als jene Ausgaben, die für Unfallentschädigung aufgebracht werden müssen. Wer es ist bequemer, über hohe soziale Kosten zu schimpfen, anstatt darüber nachzusinnen, wie man die Ursachen der Unfälle beseitigen kann.

Die kleine Schrift bringt dann in ihren weiteren Ausführungen eine ganze Reihe brauchbarer Gedanken und Vorschläge zur Beseitigung der Unfallgefahren in den Betrieben. So heißt es z. B. an einer Stelle: "Keine Maschine - mag sie noch so leistungsfähig sein - sollte als brauchbar angesehen werden, wenn sie nicht absolut sicher ist." Die Schrift fordert dann weiter, daß der Unfallschutz schon beim Entwurf der Anlagen mit berücksichtigt werden müsse, da der spätere Einbau meist unterbleibe. Die Schrift gibt dann weiter eine Übersicht über die Allgemeingefahren, die in den Betrieben

vorhanden sind. Der Text ist hier durch Bilder und Zeichnungen ersetzt und ist reich an einer Reihe von Darstellungen, die die Unfallgefahren in der Konservenindustrie praktisch durchgeführt sind.

Eine Anzahl Bilder und Zeichnungen zeigen den Schutz an Rotengetriebenen Transmissions, Schutz von Rollen, Wellenenden, Antriebsrichtungen von Riemengetrieben usw. Es folgen dann bildliche Darstellungen des Unfallortes an Bahn- und Kettenradgetrieben. Weiter folgt eine Reihe bildlicher und skizzierter Darstellungen über Spezialmaschinen in der Konservenindustrie. Dargestellt sind ein guter Schutz an Gemüseschnelldemmaschinen, an Gemüserohrwalzen, an Brechwalzen, Obstmaschinen, Pastiermaschinen, Strunkschneidemaschinen usw. Dann folgen skizzierte Sicherungen an Spargelschnelldemmaschinen, Pflaumentell- und -entkernmaschinen sowie ein skizzierter und bildlich dargestellter Schutz an Erzenterpresse und Maschinen zur Dosenfabrikation. Eine skizzierte Darstellung von Sicherungen an Klapphochseilern usw. schließt diesen Teil ab.

In weiteren Bildern wird die Gefahr und die Wirkung von Explosionen bei Koch- und Dampfapparaten gezeigt. Zum Schluss folgen Darstellungen über Treppenschutz, Leiterchutz usw.

Das Büchlein gibt dem mit dem Unfallschutz Vertrauten also eine Reihe Anregungen und Winke, wie der Unfallschutz in der Konservenindustrie praktisch durchgeführt werden kann. Allen unseren Vertrauensleuten der Konservenindustrie ist das Studium dieser Schrift dringend zu empfehlen.

E. Senkfeil.

**Klassengegensätze bedeuten Klassenunterdrückung.** Eine unterdrückte Klasse ist die Lebensbedingung jeder auf dem Klassengegenstand begründeten Gesellschaft. Die Befreiung der unterdrückten Klasse schließt also notwendig die Schaffung einer neuen Gesellschaft ein. Marx.

Brand einer Zuckerrabrik.

Die Fabrik- und Lagergebäude der Zuckerrabrik, AG., in Güstrow (Mecklenburg) wurden in der Nacht vom 28. auf den 29. Oktober durch ein Großfeuer fast völlig eingeschert. Die Maschinen, Einrichtungen sowie die gesamten Vorräte von Zucker und Sirup sind zum allergrößten Teil ein Raub der Flammen geworden. In der Fabrik wurden ungefähr 275 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, die nun vor der Arbeitslosigkeit stehen, wenn es nicht gelingt, sie in anderen Betrieben unterzubringen. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch nicht sicher festgestellt, doch wird vermutet, daß das Feuer im Aufbewahrungskeller für Versand ausgebrochen ist.

Verschiedene Industrien

Bußen für Tarifbrecher.

Trotzdem die Akkordlöhne für Heimarbeiter in der sächsischen Kunstblumenindustrie seit dem 1. Januar 1929 auf Antrag unserer Organisation durch Beschluß des Fachausschusses für die sächsische Kunstblumenindustrie geregelt sind, gibt es immer noch einzelne Arbeitgeber, die die Lohnregelung zu umgehen versuchen.

Als eine Firma, die den Tarif nicht erfüllt, ist die Firma Paul Niesche, Fertigungsabteilung b. Sebnitz, festgestellt. Die Firma bedient sich zu ihrem Tarifbruch Mittelspersonen. Der Fachausschuss war deshalb gezwungen, am 19. Juli d. J. gegen dieses Treiben mit folgendem Beschluß vorzugehen:

"Der Firma Niesche wird aufgegeben, binnen zwei Wochen, vom Tage der Zustellung an gerechnet, an Frau Martha Werner in Oberpöhsen Nr. 80 den Betrag von 608,47 Mk. und an die Heimarbeiterinnen, soweit sie von der Ausgeberin Elise Scholze in Rammenau Nr. 179 mit Arbeit versorgt werden, bzw. an diese selbst insgesamt 1119,96 Mk. für die in Heimarbeit hergestellten Wicken nachzuzahlen und diese Nachzahlung binnen der oben angegebenen Frist dem Fachausschuss durch Quittungen der in Frage kommenden Heimarbeiterinnen nachzuweisen. Der Nachweis ist zu führen durch Einreichung einer Liste an den Fachausschuss, in der die Namen und Wohnungen der Heimarbeiterinnen sowie die an sie nachgezählten Beträge angegeben sind. Für den Fall, daß die Nachzahlung nicht rechtzeitig geleistet und der Nachweis dem Fachausschuss nicht erbracht ist, wird der Firma Niesche eine Buße bis zur Höhe von 8640 Mk. angedroht."

Weiter wird beschlossen, die Erörterung in dieser Angelegenheit durch das Gewerbeaufsichtsamt fortzusetzen.

Die Firma Niesche ist dem Beschluß des Fachausschusses nicht nachgekommen. Es mußte deshalb in einer erneuten Sitzung Stellung zu der Bußeandrohung vom 19. Juli 1929 genommen werden. Das ist am 23. September d. J. geschehen und vom Fachausschuss nunmehr eine Buße durch nachstehenden Beschluß festgesetzt worden:

"Gegen die Firma Paul Niesche, Fertigungsabteilung, wird, weil sie die ihr durch den Beschluß des unterzeichneten Fachausschusses aufgebundene Nachzahlung an die Heimarbeiterinnen für hergestellte Wicken nicht geleistet hat, eine Buße in Höhe von 3456 Mk. (i. W. Dreitausendvierhundertsechszwanzig Mark) festgesetzt. Diese Buße ist an die Ortskrankenkasse in Sebnitz innerhalb vier Wochen zu leisten."

Die vom Fachausschuss der sächsischen Kunstblumenindustrie festgesetzte Buße hat den Charakter einer Verwaltungsstrafe, die durch den Ungehorsam gegen ein Gebot des Fachausschusses verwirkt wird. Durch die Zahlung der Buße wird der Anspruch der Heimarbeiterinnen auf Entgelt und Schadenersatz nicht berührt. Die Buße fließt nicht in die Tasche der Heimarbeiter, sondern in die für sie zuständige Ortskrankenkasse.

Die Buße wird nach den rechtskräftigen Vorschriften für die Beitreibung öffentlicher Abgaben eingezogen. Der von der Buße Betroffene kann gegen die Festsetzung innerhalb zweier Wochen Beschwerde führen. Die Beschwerde ist bei

dem Fachausschuss oder bei der höheren Verwaltungsbehörde einbringen. Über die Beschwerde entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

Wir sind überzeugt, daß sowohl Unternehmer wie Arbeiter in der sächsischen Kunstblumenindustrie aus diesem Vorkommnis die notwendigen Folgerungen ziehen werden. Die Heimarbeiter, die ihren richtigen Lohn nicht erhalten, müssen das in jedem Fall ihrer Organisation melden. Auf diese Art kann den Tarifbrechern mit der Zeit die notwendige Achtung vor Tarif und Gesetz beigebracht werden.

S. Eiflein.

Bekanntmachung

gemäß § 35 des Hansarbeitsgesetzes.

Der Fachausschuss für die Glasindustrie in Thüringen, Sitz Neuhaus a. Rwg., hat in seiner Sitzung am 8. Oktober 1929 folgenden Beschluß gefaßt:

- 1. Der zwischen dem Verband der Thüringer Spielwaren-Interessenten, G. m. b. H., Sitz Sonneberg i. Thür., und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Sitz Hannover, abgeschlossene Tarifvertrag für Glaschiffbaumischmuck für das Jahr 1930 wird für das Gesamtgebiet des Landes Thüringen für allgemeinverbindlich genehmigt.
- 2. Die Allgemeinverbindlichkeitsgenehmigung beginnt am 16. Dezember 1929.
- 3. Der Tarifvertrag für Glaschiffbaumischmuck für das Jahr 1930 kann beim Verband der Thür. Spielwaren-Interessenten, G. m. b. H. in Sonneberg, beim 7. und der Fabrikarbeiter, Fabrikstele Steinach, Thür. W., bei den Gewerbeaufsichtsamtern Meiningen und Saalfeld und bei der Geschäftsstelle des unterzeichneten Fachausschusses eingesehen werden. Sonneberg (Thür.), den 8. Oktober 1929.

Fachausschuss für die Glasindustrie in Thüringen, Sitz Neuhaus a. Rwg.

Um den Gräberschmuck aus künstlichen Blumen.

In der deutschen Kunstblumenindustrie sind Tausende von Betriebs- und Heimarbeitern mit der Herstellung von Kranzblumen beschäftigt. Diese Kranzblumen werden in der Hauptsache zum Allerheiligen und zum Totensonntag abgesetzt.

Das Siedlungsamt, Abt. Gartenbau und Friedhofswesen, in Frankfurt a. M. hat unterm 12. Oktober d. J. den Inhabern von Blumenverkaufsstätten am Hauptfriedhof und den Bewerbern um solche Stände nachstehende Verfügung unterbreitet:

"Wir machen unter Bezugnahme auf § 80 der Bestattungs- und Friedhofordnung darauf aufmerksam, daß die Verwendung von künstlichen Blumen, künstlichen Pflanzen, Lannenzweigen und Topfsicheln mit Schleifen und künstlichem Schmeer als Grabschmuck auf den Friedhöfen unzulässig ist, da das künstliche Material als Grabschmuck ungeeignet ist."

Die etwa von Ihnen beabsichtigte Miete eines Verkaufstandes am Allerheiligen wird - sofern überhaupt eine Zuschlagserteilung erfolgen kann - von der Verkaufsverpflichtung abhängig gemacht werden, daß Grabschmuck aus vorbestimmtem Material nicht selbgeboten wird."

Der § 80 der Bestattungs- und Friedhofordnung der Stadt Frankfurt a. M., auf welchen sich das Siedlungsamt beruft, hat folgenden Wortlaut:

"Das Belagen oder Behängen von Gräbern oder Grabsteinen mit Kränzen aus Perlen, Glas oder dergleichen Materialien ist unzulässig. Die Friedhofsgärtner sind angewiesen, solchen Schmuck zu beseitigen."

Nach dem Wortlaut des zitierten Paragraphen liegt keine rechtliche Handhabe vor, daß die Verwendung von künstlichen Blumen, künstlichen Pflanzen, Lannenzweigen und Topfsicheln als Grabschmuck unzulässig sei. Die Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. hat sich am 30. Oktober d. J. mit der Verfügung des Siedlungsamts beschäftigt und aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen sowie auch aus Gründen der Pietät die Verfügung außer Wirksamkeit gesetzt. Es soll nur der Verkauf von Kränzen mit Perlen und dergl. verboten sein. Zu dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung hat der Magistrat noch keine Zustimmung zu geben. Die Aufrechterhaltung der Verfügung würde sich zweifellos zu einer Schädigung der Kunstblumenindustrie auswirken.

S. Eiflein.

Kundschau.

Der Dichter Arno Holz f.

Am 26. Oktober 1929 ist der Dichter Arno Holz einem hartnäckigen Nierenleiden erlegen. Er ist nur etwas über 66 Jahre alt geworden. Man nannte ihn den Kunstrevolutionsnarr, weil er seit seiner Jugend den Kampf gegen die starren, überkommenen Formen in der deutschen Literatur führte. Radikal ist er bis an seinen Tod geblieben. Seine dichterischen Arbeiten atmeten stets eigenes Leben. Seine Jugendgedichte zeigten von einem leidenschaftlichen Haß gegen alles soziale Unrecht und von einem unbeugsamen Glauben an eine bessere Zeit für alle Völker:

Der ew'ge Friede baut sein Zelt, und ob die Zeit sie auch verdamme, der Freiheit goldne Driflanne weht leuchtend über alle Welt.

Es war die Tragik dieser starken, einzigen Dichterpersönlichkeit, daß sie, die so vielen den Weg zu neuen Formen und oft auch zu äußeren Erfolgen gewiesen hat, Verharrt Hauptmann empfang von Arno Holz entscheidende Anregungen, selbst nicht die Anerkennung der Welt erlangen konnte, nach der Arno Holz doch so sehr verlangte. So mußte er in seinen letzten Lebensjahren sogar viel mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfen. Nach seinem Hinscheiden mehrten sich, wie meist in solchen Fällen, die Zeichen der ehrenden Anerkennung. Man spricht von Arno Holz als einer Persönlichkeit, die als Dichter und als Mensch nicht ihresgleichen hatte. Wenn fallen da nicht Goethes Worte ein:

Was räucherst du nun deinem Toten? Säßst du's ihm so im Leben geboten! Ja! Wer eure Verehrung nicht konnte! Such, nicht ihn, baut ihr Monumente.

# Unterhaltung, Wissen und Bildung

## 'Wollen' lernen.

Wie ein Kind das Gehen lernen muß, so muß es auch das Wollen lernen. Diese Anschauung ist von größerer Tragweite, als man obenhin meinen sollte. Aus ihr folgt, um nur eins zu nennen, daß man über ein Kind ebensoviele wegen der Schwäche seines Willens sich erzürnen soll, als über die Schwäche seiner Beine; daß, wie man schwache Beine zu kräftigen und, falls sie gebrechlich sind, sie durch den Stütz zu heilen bemüht ist, man so auch den schwachen Willen zu stärken suchen und den verkehrten Willen als etwas ansehen soll, das krank ist und daher geheilt werden muß. Keine Rede von Ärger und Zorn — sondern von Heilung und Kräftigung! Dies ist der allein richtige Standpunkt, auf den die Erzieher sich zu stellen haben.

Sollt man ein Kind stets in Windeln gebunden, so wird es nicht gehen lernen. Hindert du dein Kind, zu wollen, so wird es auch das Wollen nicht lernen. Daher heißt die erste Regel für die Entwicklung des Willens: „Du darfst den Willen deines Kindes nicht brechen.“ Es gibt Eltern, selbst im Befehl eines starken Willens, die nur ihren eigenen Willen gelten lassen. Diese Eltern wickeln den Geist ihres Kindes in Windeln. Sie erziehen ihren Sohn nicht zu einem freien Mann. Sie machen ihn zu einem Sklaven. Wohlan, das Kind muß wollen dürfen, was es will. Nur wenn Gefahr drohen sollte, müssen wir zwischen beide treten. Eng ist der Kreis, in dem es anfänglich sich bewegen kann. Aber immer dehnt der Kreis sich aus. Wer diesen Kreis mehr als nötig ist einengt, der entzieht seinem Kinde das Mittel, durch welches es gehen — und wollen lernen kann.

Wie von selbst sind wir jetzt zu einer zweiten Regel gekommen: „Alle Kräfte wachsen, wenn sie in Tätigkeit gesetzt werden.“ Setze also den Willen in Tätigkeit, so wird er wachsen; er wird zunehmen in der Ausdehnung, von der wir soeben sprachen. Die erste Regel war verneinend. Sie gab an, was wir nicht tun müssen. Unsere zweite Regel ist bejahend, sie gibt an, was wir tun müssen. Nun, wie müssen wir denn den Willen in Tätigkeit setzen? Wir müssen von dem Kinde etwas fordern, wir und die es unterrichten. Wenn das Kind seine Kraft in Tätigkeit setzt, seine Kraft anspannt, um der aufgestellten Forderung zu genügen, so übt es seinen Willen.

Hier stehen wir vor dem schwierigen Problem des Gehorsams. Wir können wohl fordern. Damit aber hat das Kind nicht gehorcht. Auf des Lesers Lippen schwebt vielleicht das veraltete Wort Zwang. Wir kennen das Wort. Und wir kennen noch ein anderes, das Wort Antriebe. Beide Worte können überseht werden durch Strafe und Belohnung. Aber erwartet der Leser im Ernst von diesen beiden irgendein Heil? Daß Kinder und Erwachsene eigentlich auf gleiche Weise behandelt werden müssen, darin ist die moderne Pädagogik sich einig. Sind die Gehorsamskräfte nicht zum Teil mit Rücksicht auf angefallen? Was hat die Strafe, die wiederholte Strafe ausgerichtet? Besuche eine Schule und lerne! Wer eine Lehrer hat in jeder Schulzeit eine Zahl von Schülern, die zur Strafe nachhaken müssen. Der andere strafft selten oder nie. Dennoch sind die Jünglinge des letzteren die gehorsamsten. Erfahrene Erzieher haben uns folgendes in betreff des Gehorsams gesagt: Fordere nie von einem Kinde, was es nicht vollbringen kann. Arbeit, die über eines Menschen Kräfte geht, lähmt, stinkt nutzlos und macht oberflächlich. Falls das Kind nicht unmittelbar dem gegebenen Befehle folgt, sieh es mit erkrankten Augen an. Gedulde und verbiete nicht mehr als einmal.

Mag gestraft werden, so lasse keine Strafe in der natürlichen Folge der Übertretung bestehen: Nicht vollendete Arbeit muß in der sonst für die Erholung bestimmten Zeit vollendet werden. Wer zu spät fertig ist, geht nicht mit mir. Nicht immer ist die natürliche Folge einer Übertretung augenfällig. Dann suche man, was man sie gefunden hat. Nie aber lege man als Strafe auf, was zur Übertretung in gar keiner Beziehung steht. Wer den Knaben, der seinen Schritten durch eigene Schuld nutzlos gemacht hat, zuerst mit groben Worten und Schlägen traktiert und ihm dann einen neuen schenkt, der gibt ihm damit einen Anstoß, erkräftigt ihn — und trägt außerdem selbst die natürlichen Folgen der Fehler seines Sohnes. Das Natürlichste und darum Richtige ist, daß der Junge aus seinen eigenen Ersparnissen den Schaden bezahlt oder, falls es nicht langt, ohne Schlitzen bleibe.

Weiter lehrt die Erfahrung, daß die Bedeutung, der Eindruck der Strafe nicht abhängt von ihrer Schwere, sondern von der Regelmäßigkeit, der Konsequenz, mit der sie angewandt wird. Wer nach eigenen Lappen strafft, nimmt der Strafe ihre Bedeutung. Das Kind empfangt den Eindruck, nicht wegen seiner Übertretung gestraft zu werden, sondern weil seine Eltern oder sein Lehrer in üblicher Stimmung sind. Nein, wie der Schatten von dem Licht, die Wärme von der Flamme, so muß die Strafe von der Übertretung unzertrennlich sein. Und die Strafe muß in der natürlichen Folge der begangenen Tat bestehen. So geht es ja doch auch in der Welt. An die Unmöglichkeit ist mit eiserner Notwendigkeit die Strafe des Abseins, an die Trägheit die der Unwissenheit, an die Lüge die der Schande geknüpft. Bei solchen Strafen wird das Kind nicht verhärtet, denn sein Verstand sagt ihm, daß der Erzieher in seinem Rechte ist.

Wiederum muß dem Kinde der Gehorsam auch leicht gemacht werden. Deshalb dürfen die Anforderungen nicht zu hoch gestellt sein. Wir der Verstand, so kommt auch der Wille mit den Jahren. Ebensoviele wie Fortschritt des Verstandes ist Fortschritt des Willens ein Gewinn. Ein Kind ist eben noch ein Kind.

Gibt man eine Kraft zur Tätigkeit kommen, so wächst sie. Darum darf dem Kinde nicht mehr geholfen werden, als durchaus nötig ist. Was es selbst kann, muß es auch selbst tun. Auf diesem Wege kommt das Kind (und der Erwachsene ebenso) zu dem Bewußtsein, wie groß das Kapital seiner Kraft ist. Und zu wissen, wie reich man ist, gibt eine Festigkeit, die wieder in neue Kraft sich umschließt.

Derjenige, der seinen nicht, daß ein gesunder und starker Leib von großem Einfluß auf die Entschlossenheit des Willens ist. Hier zeigt sich die Bedeutung der körperlichen Übungen. Laufen und Schwimmen vertreiben die Schwermüdigkeit aus den Gliedern.

Wir sprechen auch von der Ausdehnung des Willens in die Länge, von der Beharrlichkeit. Das Kind muß nicht jeden Tag mit Plein und Richtung wechseln. Es muß von früh an gewöhnt werden, jeden guten Versuch auch auszuführen. Dies ist das erziehende Element jedes guten Unterrichtes, das den Schüler darin lehrt, sich ein Ziel zu setzen und dieses zu verfolgen. In der Schule, jede Arbeit, jede Untersuchung ist anzusetzen bei Beginn und bis zum Ende. Aber zwischen diesen beiden Polen liegt ein wichtiger Weg. Man setzt zu Ende zu gehen, muß für jeden unerwarteten Grundfall sein. So heißt man den Willen und damit das Wollen. S. M. G.

## Ein Kriegsblindener wird überfahren.

Alle, die das schreckliche Ereignis miterlebten, wurden zu Zeiten gerührt. Ein Kriegsblinder, der Kavaliere Michalek aus Krakau, hatte mit seinem Hunde, einem mächtigen Mastiff, einen Spaziergang durch die Stadt gemacht und dann auf der Terrasse eines kleinen Kaffeehauses — wie jeden Tag — Platz genommen. Der Blinde saß friedlich an seinem Tisch, während der seine Hand, der jetzt von keiner Leine losgelassen war, lag auf dem Rücken herabhang. Nicht hätte dieses Doge, das von den Wirtin des Kaffeehauses beobachtet wurde, als plötzlich jemand aus dem dunklen Gewand des Hauses einen Lauff mit Wasser auf die Straße gab. Der Hund sprang zu kommen und wurde wie besessen quer über die Straße, gerade

unter die Räder eines vorbeifahrenden Autos, von denen er im Bruchteil einer Sekunde jermalmet wurde. Ein Entsetzensschrei kam von den Lippen der Zuschauer — der Blinde aber verkehrte lächelnd seinen Kopf, ohne zu begreifen, daß dieser Hilferuf ihn selbst betraf. Einige Augenblicke stand das Publikum wie erstarrt, noch ein paar schwache Juckungen durchliefen den zerschmetterten Körper des armen Vieles, aber niemand wagte seinen Herrn von dem Unglück in Kenntnis zu setzen.

Endlich trat ein Mann aus der Zuschauermenge hervor und nahm neben dem Blinden Platz. Die Passanten blieben den Atem an. Michalek wandte seine toten Augen dem unerwarteten Besucher zu und begrüßte ihn höflich. Mit ein paar Worten erklärte ihn der andere auf. Da verfiel sich das Gesicht des Blinden, er sprang auf, ein rauher Laut kam aus seiner Kehle, dann sank er benutzlos zu Boden.

Hilfsreiche Arme griffen zu und richteten ihn auf. Kein Wort der Klage brachte er hervor, nur seine Hände zitterten, seine Lippen bebten und seine erschöpften Blicke suchten die Stelle, an der sein Gefährte das Leben lassen mußte. Man führte Michalek



an den Platz. Wild preßte er den blutigen Körper des Tieres an sich, dann wankte er, von einigen Passanten gestützt, nach Hause. — Den einzigen Freund, den ihm das Leben ließ, hat ihm die rauhe Wirklichkeit entziffen.

## Abendläuten.

Orinnen in der großen Stadt  
frißt der Tag den letzten Brocken,  
vollgestopft und überfress  
muß er nun im Winkel hocken.  
  
Klingt der letzte Glockenton,  
werden finster Hof und Stufen,  
läuft der Abend gleich davon,  
um die Nacht herbeizurufen.  
  
Ist das Abendläuten gar,  
haben wir das klare Wissen . . .  
aus dem Buch vom ganzen Jahr  
ist ein Blatt herausgerissen.  
  
Ludwig Pratsch.

## So war es . . .

Ort der Handlung: eine kleine rheinische Grenzstadt zur Zeit des Weltkrieges, da allenthalben in deutschen Landen Schmalhans schon Küchenmeister war. Auf dem Hofe eines Gasthofs angelockt eine Kompanie eines Ersatzbataillons, die dort ihr Standort Quartier hatte.

Vor der Front ein weißhaariger Hauptmann. In dessen Hand ein Zeitungsbüchlein, darinnen einer jener zahllosen Artikel stand über Anhalten, Durchhalten und andere Dinge mehr, die sich in der Theorie gar nicht so abel anstehen. Und gar eindringlich und mit wahren Feuerschein gab sich nun befangener Hauptmann die allergrößte Mühe, seiner Kompanie diesen wunderbaren Artikel auch für die Praxis schmackhaft zu machen.

Hier und da mochte ihm das vorerst auch gelingen sein. Doch der Rekrut M. machte nach an Ort und Stelle die frangige Feststellung, daß sich sein kurrerender Magen keineswegs nur mit solchen Worten abspülen lassen wollte. Und darob waren alle guten Vorsätze im Nu verfliegen wie Spreu im Winde. Kaum, daß man weggefahren, lenkte er seine Schritte nach der zumeist leeren Kantine, wo dort nicht irgendwo etwas Essbares eingetroffen sei. Und sein suchender Blick blieb frohlockend auf einer größeren Kiste Eier haften.

„Hast Eier —“ sagt er mit hoffnungsvollem Augenaufschlag zu dem Kantinefrüher, der ja ein Landsmann und guter Bekannter von ihm war.

„Hast —“? Im Offenen willen — höchstens eins —, entzogen der mit bedauerlichem Achselzucken.

„Anton —“ und ein langsamender Blick suchte rührselig an des Landstets Herz zu greifen.

„Na ja — zwei — weil du es bist —“  
Echon wollte sich unser Rekrut freudestrahelnd mit seiner unerschöpflichen Beute von demselben stellen. Da fürzte ihn der zweite Kantinefrüher herbei und bekam noch den Eierhandel mit. Darob machte er schreckhaft große Augen, als hätte ihm just einer ins Ohr geblasen, daß in nächster Sekunde die Welt untergehen würde. Und rasch dann in wilder Verzweiflung die Hände: „Anton — hast du noch — wie kommt du bloß Eier verkaufen —? Wo doch der Hauptmann 200 will — und 100 der Feldweibel — und —“

## Den Stroh heraus aus der Schale!

Niemand kann mit gerstem Kindes zucht beherren. Den man zu ehren bringen mag, dem ist ein Wort als ein Sak. Dem ist ein Wort als ein Sak, den man zu ehren bringen mag, Kindes zucht beherren, niemand kann mit gerstem. (Walter von der Vogelweide.)

Die prächtige Mahnung Walters von der Vogelweide, nie mit Schlägen des Kindes Zucht zu vollführen: den man zu Ehren bringen kann, dem steht ein Wort besser als ein Schlag, sollte unseren Volksschullehrern ins Herz gegraben sein. Wie viele Lehrer verständigen sich an dem ihnen anvertrauten Gut, den körperlichen und geistigen Wohl ihrer Jülinge, durch Prügel. Wer als Lehrer Prügel anwendet, zeigt dadurch seine Unfähigkeit zur Erziehung und seine eigene Unbildung und innere Rohheit. Desto erfreulicher ist es, aus Lehrers Munde warme Ausführungen gegen die Prügelpädagogik zu hören. In Nr. 40 der „Bayerischen Lehrzeitung“ erzählt ein bayerischer Volksschullehrer folgendes von Herzen kommende und auf Herzen wirkende schlichte Erlebnis:

„Ich bin am ersten Tage in meiner neuen Schule und unterhalte mich mit den Kindern über alles mögliche, teils ernst, teils scherzhaft. „Wer hat bisher die meisten Schläge bekommen von euch?“ „Die Berni, die Bertal“ und neunzig Finger denken auf ein blaßes, schmalwangiges Ding, das den Kopf in schluchzender Scham auf die Bank preßt. Ich trete zu ihr hin. Welche geistige Hilfslosigkeit, welche häßliche Furcht spricht aus diesen Augen! „Warum hast du immer Schläge bekommen?“ Unter heftigem Weinen: „Ich lerne immer dabei, aber in der Schule kann ich's nimmer.“ Und als ich ihr die Hand unter das Kinn lege, um diese Worte aus den Augen zu prüfen, da hebt sie unwillkürlich schüßend den Arm empor. Steh's so? Eine heiße Wat flammt herauf über die Todsünden, die hier begangen wurden. Dann streiche ich der Armen über das Haar: „Sei zufrieden, Bertal, du wirst nie mehr Schläge bekommen.“ — Einige Tage später liegt auf meinem Pult ein riesiger Frühlingabblumenstrauß, in rührender Ungeschicklichkeit zusammengewunden. „Wer hat den Strauß gebracht?“ Ein blaßes, schmalwangiges Mädchen erhebt sich schüchtern: Bertal! —“

## Humoristische Ecke.

Ein Aufsatz über das Radio.  
Das Radio ist eine großartige Erfindung, die jedermann mit Freude an dem Kopfe tragt. Wenn ich, so wie alle, ein Amateur noch mit erlebt hätte, würde sie gelagt haben, ein Wunder, und vielleicht auch nicht mehr richtig kapiert, daß in einem Saal ganz woanders der Sänger brüllt und wir zu Hause es hören. Manchmal kommt ja auch was raus, wo ich langweile, von die Waise und so. Was aber gerade ist, wo Vater spannt. Wenn die liebe Mutter die Hörer umhat und macht, als spükt sie, so ist das nicht unanständig, sondern lernt das englische „ih“. Wenn aus dem Radio die modernen Negerlänze erschallen, schimpft der Onkel Franz und haut es hin. Aber meine große Schwester Mizzi ist dann glücklich, wobei sie mit alles wackelt. Das alte Fräulein Nieslich von nebenan, das öfter bei uns hört, hat laut geschluchzt bei das Gedicht von die Treue bis über dem Grab, weil das ihr Jugendfreund, wo verschwunden ist, auch immer hergesagt hat. Neulich war unser Apparat kaputt, aber ich habe trotzdem dran geblickt. Es war sehr schauerlich, was herauskam, wie wilde Tiere, wenn Bauchschmerzen haben. Dazu stand aufs Programm „Ballgestäuffer“.  
Lene Tsigk.

Zwei alte Freunde, gediegene Weinzecher, in Ehren ergraut und im strengen Genusse der edlen Gottesgabe verweilt, saßen jüngst wieder beisammen und leerten schweigend Glas um Glas. Dem einen von ihnen ist es nicht recht behaglich zumute. Ein peinliches Jucken am ganzen Körper heunruhigt ihn, und ununterbrochen greift er mit den Händen bald hierhin, bald dorthin, um das unangenehme Krabbeln zu lindern. Doch alle Mühe ist umsonst. Das geizige Gefühl wird härter und stärker, und angstgefoltert bricht er schließlich in die Worte aus: „O du Allmächtiger! Das kommt von der verfluchten Sauferrei! Ach Fritz, ach Fritz, ich glaub', ich hab' die Rebläu!“  
Jugend.

Der klinge Papa.  
Herr M. schickt seine Tochter nach Berlin, wo sie sich eine Stellung suchen soll. Ein guter Freund trifft ihn nach einigen Wochen auf der Straße. „Nun“, fragt der Freund, „wie geht es deiner Tochter?“  
„Ausgezeichnet!“ sagt M.  
„Hast du nicht Angst gehabt, so ein hübsches junges Mädchen nach Berlin zu schicken?“ forscht der Freund weiter.  
„Natürlich“, gab M. zur Antwort, „wochenlang habe ich nicht schlafen können. Jetzt aber bin ich beruhigt. Sie steht unter Polizeiaufsicht.“

Literarisches.  
Die Leipziger Messe und ihre Organisation. Das Meßamt hat eine Schrift „Die Leipziger Messe und ihre Organisation“ in zweiter erweiterter Auflage herausgegeben. Teil I bringt u. a. genaue Übersichten über die Zusammenlegung der Aussteller, nach Branchen und Herkunft. Aus einem Vergleich des Statistischer Reichsamts zur Gewerbezahlung 1925 geht hervor, daß über zwei Millionen Arbeitnehmer in den Betrieben der deutschen Aussteller beschäftigt sind. Angaben über Werbebeiträge und Mieten, über die Meßhäuser, Hallen und Ausstellungsflächen vermitteln den Ausstellern wichtige Daten. Schließlich sind die Propagandamaßnahmen kurz erläutert. Der Erfolg der Werbearbeit wird in den Zahlen der Einkäufer aus dem In- und Ausland dargestellt. Teil II bringt eine ausführliche Darstellung der Organisation des Leipziger Meßamts, seines jahrgangsmäßigen Zweckes, der Quellen, aus denen seine Mittel fließen usw. Im Anhang der Statistik sind die Grundzüge des Meßamts in unvollständigen Wortlaut niedergegeben. Ein genaues Sachregister sowie ein Personenverzeichnis am Schluß erleichtern die Benutzung des Buches wesentlich.